

# akzente

Berufliche Bildung in Bayern



Lehrerversorgung sichern –  
Arbeitsbelastung senken



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

## UNSERE THEMEN



Offenes Gespräch des VLB mit Dr. Beckstein 04



VLB und HPR im Gespräch mit Staatssekretär Bernd Sibling 05



abl-Präsidium im Gespräch mit Fraktionschef Georg Schmid 08

Arbeitstagung FOS/BOS am 8. März 2008 in Bayreuth 16

## THEMEN DES TAGES

03 Wolfgang Lambl: Eckpunkte zur Dienstrechtsreform

## BILDUNGSPOLITIK

- 04 Alexander Liebel: Ministerpräsident würdigt die Leistung der Lehrkräfte an beruflichen Schulen  
 05 Dr. Angelika Rehm: VLB und HPR im Gespräch mit Staatssekretär Bernd Sibling  
 06 Manfred Greubel: Die Qualifizierungsoffensive – ein Ansatz an den richtigen Hebeln  
 08 Wolfgang Lambl: abl-Präsidium mit CSU-Fraktionschef Georg Schmid im Gespräch  
 09 Pressemitteilung: VLB begrüßt Schulversuch „Berufsschule plus“  
 09 Pressemitteilung des KM: Auszubildende können neben dem Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife erwerben  
 10 Stephan Mokry: Europa ohne RU? – eine Zeitdiagnose und ihre Antwortversuche  
 12 Pressemitteilung des BIBB: Wegfall der Ausbilderprüfung

## Dienstrecht

- 13 Wolfgang Lambl: Erhöhung der Anrechnungsstunden für die Seminarlehrertätigkeit  
 13 Wolfgang Lambl: Mit dem eigenen Fahrzeug auf Dienst- oder Fortbildungsreis  
 14 Wolfgang Lambl: Bundesfinanzhof hält Kürzung der Pendlerpauschale für verfassungswidrig  
 15 Wolfgang Lambl: Dienstbefreiung für Lehrkräfte bei Wahlhelfertätigkeit?

## FOS / BOS

- 16 Arbeitstagung: Berufliche Oberschule – ein Premiumweg zur Hochschulreife

## PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 17 Barbara Dilberowic: Projekt JoA – Nur individuelle Unterstützung bringt Erfolg  
 18 Martin Ruf: Unterricht praktisch: Die Übernahme aktiv angehen  
 19 Robert Tietz: Kooperative Wirtschaftsklasse – Abschluss mit Anschluss  
 20 Dietmar Leischner: Wettbewerb Unterricht aktiv

## EUROPA

- 21 Dietmar Leischner: Bildungssysteme osteuropäischer Länder: Estland

## VLB-ONLINE

- 22 Winfried Schiffelholz: Open-Source-Software im Schuleinsatz

## AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 24 Landesverband  
 25 Bezirks- und Kreisverbände  
 27 Fachgruppen  
 28 Senioren  
 30 Personalien  
 37 Vermischtes  
 33 Für Sie persönlich  
 38 Impressum  
 39 Autorenverzeichnis  
 40 Letzte Seite

Titelfoto: VLB



## Eckpunkte zur Dienstrechtsreform

Durch die Föderalismusreform besitzen die Länder seit 2006 die Zuständigkeit für das Dienst-, Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht. Die bayerischen Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger konnten diese Kompetenz bei der Anpassung der Besoldung und Versorgung um 3,0 Prozent erst mals zum 1.10.2007 erfahren. Die bayerische Staatsregierung hatte ja auch angekündigt die neugewonnene Zuständigkeit zu einer umfassenden Dienstrechtsreform nutzen zu wollen. In diesen ein- einhalb Jahren hat man nun viel miteinander geredet, es wurden Symposien veranstaltet und nun blicken alle gebannt auf die von der Politik angekündigten Eckpunkte.

Der VLB bekräftigt nochmals: „Die Eckpunkte einer Dienstrechtsreform müssen noch vor den nächs-ten Landtagswahlen aufgestellt und durch die Staatsregierung öffentlich bekannt gemacht werden“. Sowohl der Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein als auch der CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid werden nicht müde zu betonen, dass diese vor der Wahl verkündeten und mit den Verbänden getroffenen Vereinbarungen nach der Wahl auch eingehalten werden. Dies ist auch erforderlich, denn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern haben insbesondere 2003 „schlechte Erfahrungen“ gemacht.

Der VLB hat zu der Thematik ein umfangreiches Eckpunktepapier zur Dienstrechtsreform erstellt und hat diese mit den politischen und administrativen Entscheidungsträgern eingehend erörtert.

Wie schon mehrfach dargelegt, wurde die Besoldungs- und Versorgungsanpassung von 3,0 Prozent zum 1.10.2007 positiv von den Beschäftigten aufgenommen. Aber das war nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“! Die Kolleginnen und Kollegen fordern eine verlässliche Perspektive und vor allem einen Einkommenszuwachs, der sich am Niveau vergleichbarer Positionen in der Wirtschaft orientiert.

## Weg von der Bezahlung nach Haushaltslage

Wir brauchen die „besten Kräfte“ in den Beruflichen Schulen!  
 Bei der Gewinnung von qualifizierten Lehrkräften steht keine Schulart so im Wettbewerb mit der Wirtschaft wie die beruflichen Schulen. Das spüren insbesondere schmerzlich die Referendare, die auch im Durchschnitt deutlich älter sind als die Referendare anderer Schularten. Der VLB hält deshalb eine deutliche Anhebung der Anwärterbezüge für ein unverzichtbares Mittel, um die Attraktivität des Lehramtes an beruflichen Schulen zu steigern und damit ausreichend qualifizierten Nachwuchs für unsere Schulen zu gewinnen.

## Wir brauchen die „besten Kräfte“ in den Beruflichen Schulen!

Die besten Leistungsanreize sind Beförderungen!  
 Gerade im Bereich der beruflichen Schulen haben die Sparmaßnahmen auch dazu geführt, dass die Beförderungsstellen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Deshalb sind Verbesserungen im Rahmen der Dienstrechtsreform unabdingbar erforderlich! Der VLB verlangt eine stärkere finanzielle Honorierung der Leistungen der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen. Beförderungen müssen auch künftig vorrangiges Mittel der Leistungshonorierung und -motivation sein. Zwingende Voraussetzung ist, dass Beförderungsstellen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden, um zeitgerechte Beförderungen sicherzustellen.

## Die besten Leistungsanreize sind Beförderungen!

Besondere Leistungen honorieren  
 In den Bereichen der Verwaltung, der Finanzen und der Polizei besteht die Möglichkeit, durch sogenannte „Aufstiegsprüfungen“ in die höhere Laufbahn zu wechseln. Diese Möglichkeit muss auch im Schulbereich bestehen. Deshalb sind die bisherigen Schranken der Laufbahngruppen durch „Aufstiegsprüfungen“ abzubauen. Zusätzliche leistungsbezogene Besoldungselemente können nur „on top“, über das gegenwärtige Besoldungsniveau des Einzelnen hinaus, in Frage kommen.

## Besondere Leistungen honorieren

Versorgungsempfänger nicht „abkoppeln“!  
 Ausdrücklich einzubeziehen in alle Bereiche des künftigen Rechts sind auch die Versorgungsempfänger. Dabei dürfen die bisherigen Grundsätze der Beamtenversorgung, insbesondere die Versorgung aus dem letzten Amt und die Anbindung an die Entwicklung der Bezüge der aktiven Beamten, nicht aufgegeben werden. Zur Sicherung des Systems der Beamtenversorgung ist ein Versorgungsfonds zu schaffen und laufend anzupassen.

## Versorgungsempfänger nicht „abkoppeln“!

Fazit  
 Mittlerweile ist es soweit, dass viele Kolleginnen und Kollegen mit dem Begriff Reform nicht vorrangig Verbesserungen verbinden. Eine Dienstrechts-„Reform“ ist deshalb nach unserer Auffassung zum Scheitern verurteilt, wenn den Beschäftigten weitere Verschlechterungen aufgebürdet werden. Es muss insbesondere im Interesse der Politik liegen, dass sich die Stimmung in Bezug auf die öffentlichen Arbeitgeber endlich wieder verbessert. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf eines können Sie sich verlassen: Der VLB wird sich aktiv bei der Dienstrechtsreform einbringen und dabei die Entscheidungsträger immer wieder mit Nachdruck auf die besonderen Bedingungen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen hinweisen.

## Fazit

Alles Gute  
 Ihr  
 W. Lambl



Offenes Gespräch des VLB mit Dr. Beckstein:

## Ministerpräsident würdigt die Leistung der Lehrkräfte an beruflichen Schulen

ALEXANDER LIEBEL

Das war eine äußerst positive Erfahrung für die Vertreter des VLB: Der Bayerische Ministerpräsident nimmt sich eineinhalb Stunden Zeit für ein intensives und offenes Gespräch über die Forderungen, Anregungen, Sorgen und Nöte der Lehrkräfte an beruflichen Schulen. Dabei zeigte sich Dr. Beckstein in vielen Fällen bestens informiert über die Belange der beruflichen Schulen. Eines wurde im Laufe des Gesprächs ganz deutlich: Ministerpräsident Dr. Beckstein schätzt die Leistung unserer Kolleginnen und Kollegen hoch ein, das hat er im Laufe des Gesprächs ausdrücklich und mehrmals betont.

### Offene und ehrliche Gesprächsatmosphäre

Ohne große formale und formelle „Verenkungen“ sind die Gesprächspartner sehr schnell zu den wichtigen Punkten vorgedrungen. Beide Seiten haben ihre Positionen klar und deutlich formuliert, ohne große Schnörkel. Der Ministerpräsident hat uns keine Hoffnungen gemacht auf gravierende Verbesserungen und hat eindeutig dargestellt, wo er Handlungsspielräume sieht und wo nicht.

### Unsere zentralen Forderungen an die Politik

Von VLB-Seite wurde der Schwerpunkt des Gesprächs auf folgende zentrale Forderungen gelegt:

- > Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte
- > Lehrerversorgung
- > Vergütung für die Referendare
- > Professionalisierung der Schulverwaltung.

Natürgemäß hat der Punkt „Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte“ einen besonders breiten Raum eingenommen. Untermauert durch wissenschaftliche Untersuchungen wurde auf die beson-

deren Belastungen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen hingewiesen und eine Rücknahme der Unterrichtszeit eingefordert. Aus der Sicht des VLB ergeben sich durch die positive Entwicklung der Steuereinnahmen für den Staat Handlungsspielräume für signifikante Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Dr. Beckstein kann unsere Argumente durchaus nachvollziehen, sieht aber die positive Entwicklung der Steuereinnahmen durchaus nicht gesichert und war deshalb auch nicht bereit, konkrete Zusagen zu machen.

### Bei der Versorgung mit Lehrkräften ist Mangelverwaltung angesagt

Der Versuch, in Bayern den Lehrerberuf zu decken, heißt zurzeit vor allem, einen akuten Mangel zu verwalten. Mit Hilfe einer exakten Darstellung der Lehrerversorgung an staatlichen beruflichen Schulen wurde die Situation fundiert und nachprüfbar dargestellt.

Die Eckpunkte der Lehrerversorgung stellen sich für uns im Schuljahr 2007/2008 wie folgt dar:

- > 246 Bewerber auf Planstellen, die alle besetzt wurden
- > 260 Bewerber auf Jahresvertrag; Lehrkräfte decken in hohem Umfang dauerhafte Bedarfe ab. Aufgrund der unsicheren persönlichen Situation besteht allerdings die Gefahr des Abwanderns zu anderen Dienstherren
- > Es fällt Pflichtunterricht aus in Höhe von etwa 150 Stellenäquivalenten
- > Es besteht ein zusätzlicher Lehrbedarf in Höhe von etwa 62 Lehrkräften aufgrund unerwarteter Schülerzuwächse an Berufsschulen (3.700 Schüler)
- > Nach wie vor besteht besonderer Lehrermangel in den beruflichen Fachrichtungen Metalltechnik, Elektro- und Informationstechnik sowie in den Unterrichtsfächern Mathematik, Physik, Deutsch, Englisch und kath. Religion.

### Dringende Konsequenzen aus der Sicht des VLB

Solange man qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern für den Schuldienst lediglich das Angebot befristeter Verträge machen kann, hat der Staat gegenüber einer starken Konkurrenz (angrenzende Bundesländer, Kommunen, private Schulträger und die Wirtschaft) keine echte Chance.

Deshalb fordert der VLB rechtzeitig vor Beginn der Einstellungsphase – etwa März 2008 – ein klares Signal nach außen. Über den Ersatzbedarf hinaus werden circa 100 zusätzliche Planstellen benötigt, und zwar über mehrere Jahre hinweg. Erst wenn das realisiert wird, werden wir mittelfristig eine zufriedenstellende Lehrerversorgung an beruflichen Schulen erreichen. Ministerpräsident Dr. Beckstein hat keine spontane Zusage gemacht, kann unsere Position aber nachvollziehen.

### Referendare verdienen weniger als ihre Schüler im dritten Ausbildungsjahr

Die unbefriedigende Lehrersituation hängt unter anderem natürlich auch mit der Vergütung unserer Referendare zusammen. Wenn der Referendar weniger verdient als sein Schüler im dritten Ausbildungsjahr, was in manchen Ausbildungsberufen gängige Praxis ist, dann wirkt sich das natürlich ausgesprochen kontraproduktiv aus. Bei unseren Referendaren muss man berücksichtigen, dass viele bereits eine berufliche Ausbildung absolviert haben, verheiratet sind und älter sind als Referendare in anderen Lehrämtern. Wollen wir qualifizierten Nachwuchs gewinnen, muss diesen objektiven Tatsachen Rechnung getragen werden. Dabei darf nicht vergessen werden, unsere angehenden Kolleginnen und Kollegen sind für die Wirtschaft sehr interessant. Man braucht sich nur die Zahlen ansehen, wie viele nach dem Studi-



Alexander Liebel, (von links) Wolfgang Lambl und Michael Birner ziehen ein positives Fazit aus dem Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten.

um überhaupt nicht ins Referendariat gehen, bzw. vor dem zweiten Staatsexamen ausscheiden oder auch nach dem Referendariat.

Dr. Beckstein hat auf die in Bayern geplante Dienstrechtsreform hingewiesen. Ein leistungsorientiertes Dienstrecht erhöht die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und damit auch des Lehrerberufs. mögliche Verbesserungen angedeutet. Ein Schlüssel kann die anstehende

Dienstrechtsreform sein. Es ist denkbar, dass man bei Mangel-Lehrämtern konkrete finanzielle Verbesserungen einbaut. Das wäre immerhin ein Ansatz, die Attraktivität zu erhöhen.

### Professionalisierung der Schulverwaltung eingefordert

Ein erfolgreiches und effizientes berufliches Schulwesen braucht neben der Verbesserung in den pädagogischen Bereichen

und bei den Sachausstattungen auch eine professionelle Schulverwaltung.

Dazu müssen die Verwaltungsstellen in den Sekretariaten quantitativ und strukturell ausgebaut werden. Konkret heißt dies, uns fehlen nicht nur Planstellen, sondern auch Aufstiegsmöglichkeiten für die Verwaltungsangestellten. Qualifizierte Damen und Herren verlassen oftmals unsere Sekretariate, weil sie nur sehr bedingt Aufstiegsmöglichkeiten haben. Andererseits verlangen Betriebe, Eltern, Schüler, Lehrkräfte und auch vorgesetzte Dienststellen eine professionelle Betreuung und einen kompetenten Service. Zu einer guten Schule gehört eine gute Verwaltung.

### Insgesamt ein positives Fazit des Gesprächs mit Dr. Beckstein

Die Teilnehmer des Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten bewerten das Ergebnis positiv, ohne in Euphorie zu verfallen. Er anerkennt unsere Position, nimmt sich Zeit für uns, setzt sich ausführlich und intensiv mit unseren Forderungen auseinander und ist mit Besonderheiten des beruflichen Schulwesens grundsätzlich vertraut. Das ist ein gutes Fundament, auf das der VLB aufbauen wird. ■

VLB und HPR im Gespräch mit Staatssekretär Bernd Sibler:

## Arbeitsbelastung muss gesenkt werden und Wiederbesetzungssperre muss fallen!

DR. ANGELIKA REHM

Gleich zu Beginn des neuen Jahres hatten Mitglieder aus dem geschäftsführenden Vorstand und dem Hauptpersonalrat einen Termin bei dem neuen Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, Bernd Sibler, vereinbaren können. In einem offenen, konstruktiven Dialog konnten wichtige Themen angesprochen und Forderungen bzw. Wünsche transportiert werden.

Ganz oben auf der Liste stand die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Planstellen, entspricht doch der Umfang des ersatzlos ausfallenden Pflichtunterrichts an beruflichen Schulen einem Äquivalent von 150 Stellen. „Dauerhafter Bedarf kann nicht mit Jahresverträgen abgedeckt werden.“, so der Vorsitzende Wolfgang Lambl, berge doch die unsichere persönliche Situation die Gefahr in sich, dass die jungen Leute zu anderen Dienstherren abwanderten. „Hier

muss noch vor dem nächsten Einstellungstermin ein deutliches Signal gegeben werden und über den Ersatzbedarf hinaus zusätzlich 100 Planstellen zur Verfügung gestellt werden!“, so die Forderung des VLB.

Demotivierend und leistungsfeindlich ist die gängige Praxis, freiwerdende Stellen erst nach einem Jahr wieder zu besetzen, eine Vorgehensweise, die keinerlei fachlich-sachlichen Hintergrund hat, sondern ausschließlich der Gewinn-



Wolfgang Lambl (von links), Angelika Rehm und Michael Birner sehen sich in ihren berechtigten Anliegen von Staatssekretär Bernd Sibler unterstützt.

nung von Haushaltsmitteln dient. „Diese Bestimmung geht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen, die bei Übernahme einer höherwertigen Funktion zwar die Aufgaben der neuen Planstelle übernehmen müssen, aber zusätzlich zur Beförderungszeit noch ein Jahr lang nach dem alten Amt besoldet werden.“, monierte die stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Angelika Rehm und forderte nachdrücklich die Abschaffung dieser ungerechten Praxis, zumal die Arbeit der letztlich nicht besetzten Stelle von den Kolleginnen und Kollegen übernommen werden müsse und somit die ohnehin zu hohe Arbeitsbelastung weiter verstärke.

Arbeitsbelastung, das war das Stichwort für den stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Birner, der nachdrücklich daraufhin wies, dass insbesondere bei den Lehrkräften an Berufsschulen die Grenze der Belastbarkeit überschritten sei. Neben der Absenkung der Unterrichtspflichtzeit müsse auch durch weitere flankierende Maßnahmen, z. B. durch eigene Anrechnungstunden für den Schulleiterstellvertreter, der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Lehrkräfte an beruflichen Schulen durch

den Innovationsdruck in der betrieblichen Ausbildung, neue Lehrpläne bzw. Lehrplankonzepte, Kontakte zu den Betrieben und vielen weiteren außerunterrichtlichen Tätigkeiten am absolut oberen Limit arbeiten. „Nicht nur ein Auto geht kaputt, wenn es ständig mit Voll-

**Ehrgeizige Ziele: Mehr Fachkräfte, mehr Ausbildungsplätze, weniger Schulabbrecher**

## Die Qualifizierungsoffensive – ein Ansatz an den richtigen Hebeln

MANFRED GREUBEL

Unter dem Titel „Aufstieg durch Bildung“ hat die Bundesregierung am 9. Januar 2008 weitreichende Maßnahmen erlassen, die dazu beitragen sollen, das Aus- und Weiterbildungssystem qualitativ zu verbessern. Dabei reicht das Spektrum von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung. Aus Sicht des VLB sind besonders diejenigen Maßnahmen zu begrüßen, die Jugendlichen eine Chance bieten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten und die dann begonnene Ausbildung erfolgreich abschlie-

gas gefahren wird!“, warnten die VLB-Vertreter.

Aber auch eine Senkung der Arbeitsbelastung und zusätzliche Planstellen nützen nichts, wenn es nicht gelingt, den entsprechenden Nachwuchs zu gewinnen. „Wenn der Maurerlehrling im dritten Lehrjahr mehr verdient als der Referendar, der ihn unterrichtet, dann liegt ein Systemfehler vor“, kritisierte unser Hauptpersonalratsmitglied Horst Hackel und regte eine Erhöhung der Bezüge, mindestens aber eine Zulage für Referendare an, „damit insbesondere die jungen Kolleginnen und Kollegen, die über die berufliche Bildung den Weg an die Hochschulen gefunden und häufig schon Familie haben, es sich überhaupt leisten können, das Referendariat zu absolvieren.“

Staatssekretär Bernd Sibler – nach seinen Aussagen ein Fan der beruflichen Bildungsgänge – zeigte Verständnis für die berechtigten Anliegen der Vertreter der Lehrkräfte an beruflichen Schulen und sagte seine Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten zu. ■

ßen zu können. Bei der Vielfalt der der Maßnahmen sollen nun die für die beruflichen Schulen maßgeblichen mit der jeweiligen Zielsetzung näher beleuchtet werden.

### Einstiegschancen und Bestehensquote verbessern

Damit die soziale Stabilität gefestigt und die Wirtschaftskraft Deutschlands in der Zukunft erhalten bleibt, sind die vorhandenen Potenziale nicht zu vernachlässigen, sondern intensiv zu nutzen. Ermöglichen soll dies insbesondere das vom Bildungs- und Arbeitsministerium

entwickelte Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“. Die Kernbotschaft lautet: 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber. Erklärtes Ziel ist, deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz erheblich zu steigern. Denn der Bestand an Altbewerbern stieg in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Berufsberatungsjahr 2006/2007 betrug der Anteil knapp 50 % aller Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Altbewerber sind Jugendliche, die sich bereits im Vorjahr oder früher erfolglos beworben haben und maximal über einen Realschulabschluss verfügen. Erreicht werden soll dies durch die Gewährung eines Ausbildungsbonus an diejenigen Betriebe, die bereit sind, zusätzlich Ausbildungsplätze bereitzustellen. Von einem zusätzlichen Ausbildungsplatz ist auszugehen, wenn mehr neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden als im vorausgehenden Drei-Jahres-Durchschnitt. Der Ausbildungsbonus liegt gestaffelt nach monatlicher Ausbildungsvergütung zwischen 4.000 Euro und 6.000 Euro. Es gilt jedoch zu verhindern, dass es zu keinen „Mitnahmeeffekten“ kommt. Denn dies wäre dann kontraproduktiv und würde nur Unmut bei denjenigen Unternehmen führen, die bisher sehr engagiert gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, indem sie auch bei schwieriger wirtschaftlicher Lage über Bedarf ausgebildet haben und jetzt nicht noch einmal zulegen können.

Mit einem Ausbildungsbausteinprogramm in 10–12 wichtigen Berufen soll es den Altbewerbern möglich sein, den schrittweisen Übergang in eine reguläre duale Ausbildung zu schaffen. Sollte dies nicht gelingen, ist bei ausreichender Qualifikation auch die Zulassung zur Externenprüfung bei den zuständigen Stellen angedacht. Dieses Programm soll deutschlandweit in 50 Pilotregionen starten.

Ein weiteres zu lösendes Problem sind die Schulabgänger ohne Ausbildungsreife. Auf die Ursachen und möglichen Lösungsansätze wurde an anderer Stelle bereits ausführlich eingegangen. Eindeutige Forderung war, dass es aus den bekannten Gründen unerlässlich ist, mehr Schulabgängern die Ausbildungsreife zu vermitteln. Ein wesentlicher Bei-

trag hierzu könnte die Einführung von gemeinsamen Bildungsstandards durch die Länder sein. Dies erfordert jedoch noch einen erheblichen Abstimmungsbedarf zwischen den Ländern. Flankierende Maßnahmen wie Praxisklassen insbesondere für lernschwächere Schülerinnen und Schüler, das ESF-Programm „Schulverweigerung - Die 2. Chance“ für Schulverweigerer sind als gezielte Unterstützung außerordentlich wichtig, damit die Jugendlichen diese Minimalanforderungen erreichen.

Um lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen zu einem erfolgreichen Berufsabschluss zu führen, erhalten die Betriebe von externen Stellen neben administrativer und organisatorischer Unterstützung vor allem sozialpädagogische Hilfestellungen. Ziel ist die Gewinnung von Unternehmen, die nicht mehr oder bisher noch nicht ausgebildet haben.

Zur Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung für Jugendliche und Betriebe hat die Bundesregierung mit der Umsetzung des Innovationspaktes für die berufliche Ausbildung begonnen. Zwei dieser Maßnahmen sind zum einen die Bündelung der Ausbildungsberufe nach dem Modell „Dual mit Wahl“ und zum anderen die Verzahnung von Ausbildung und Fortbildung.

Neben den mit der Qualifizierungsoffensive angestoßenen Projekten unterstützen der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“, das „Jobstarter-Programm“ und das Programm „Passgenaue Vermittlung“ die Sicherung eines adäquaten Ausbildungsangebots.

### Anzahl der Studierenden erhöhen

Die jüngsten Untersuchungen der OECD haben ergeben, dass in Deutschland lediglich 36,6 % eines Jahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen. Der Durchschnitt der 30 wichtigsten OECD-Industriestaaten beträgt 54 Prozent. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte und nun intensiv angestrebte Ziel beträgt 40 %. Weiterhin wurde offenkundig, dass die soziale Herkunft in einem hohen Maße über den Bildungserfolg entscheidet. Es sind somit Maßnahmen erforderlich, welche Bildungs-

serven mobilisieren. Diese sind einerseits monetärer Art und andererseits Modelle der Verzahnung und Durchlässigkeit im Bildungssystem.

Im Bereich der monetären Maßnahmen sind die Gewährung eines nicht rückzahlungspflichtigen Stipendiums an Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung mit hervorragenden Ergebnissen. Weiterhin sollen die Sätze des Meister-BAföG (Bedarfssätze um 10 %, Freibetrag um 8 %) erhöht werden. Zudem wird geprüft, ob der förderungswürdigen Personenkreis und die förderungsfähigen Fortbildungen erweitert werden können.

Im Bereich der Verzahnung und Durchlässigkeit sind es momentan noch Vorhaben, die ohne die Mitwirkung der Länder nicht möglich sind. Der bayerische Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung hierzu bereits positive Signale gesetzt. Diese sind jedoch noch intensiv zu beleuchten. Dringend erforderlich ist es dabei aber auch, den beruflich Qualifizierten den Hochschulzugang nicht nur zu ermöglichen, wie es mit der Verleihung der fachgebunden Fachhochschulreife für Meister und Gleichgestellte möglich ist, sondern auch zu erleichtern. So ist es unerlässlich, Anrechnungsverfahren zu entwickeln, welche aufzeigen, wie die in der beruflichen Bildung erworbenen Qualifikationen angerechnet werden können. Es muss motivierten und leistungsstarken Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung der Zugang zu den Hochschulen erleichtert werden. Hier werden zurzeit Potenziale verschwendet. Gerade ein offener und transparenter Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ist eine Chance, die unbedingt genutzt werden muss. Denn diese besonders motivierte Zielgruppe birgt die Gewähr, erfolgreich und zügig zu einem Abschluss vor allem auch in den auf dem Arbeitsmarkt gefragten Mint-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technologie) zu kommen.

Der Appell ist jedoch nicht nur an die Bundesländer gerichtet, sondern auch direkt an die Hochschulen. So sollen diese Konzepte ausarbeiten, die ein berufs begleitendes Studium ermöglichen. Damit könnte auch für Bachelor-Absolven-



tinnen und -Absolventen ein Anreiz geboten werden, sich weiter wissenschaftlich zu qualifizieren.

Positiv ist festzustellen, dass mit der Qualifizierungsoffensive klar zum Ausdruck kommt, dass die berufliche Bildung eine tragende Säule im Bildungssystem darstellt und ein attraktiver Weg hin zum Studium ist.

### Lebenslanges Lernen

Ein wesentlicher Beitrag zur Fachkräftesicherung ist die permanente und intensive Qualifizierung der Beschäftigten. Deren Wissen und Können müssen kontinuierlich entsprechend den ständig zunehmenden Herausforderungen weiterentwickelt werden, denn das Fachwissen unterliegt immer kürzeren Halbwertszeiten. Es muss uns bewusst sein, dass umfassend ausgebildete Menschen notwendig sind, die mit ihren kreativen Ideen einzigartige Produkte und Dienstleistungen entwickeln, die der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb die entscheidenden Vorteile sichern. Es stellt sich somit nicht nur die Frage ob, sondern wie die Weiterbildung zu gestalten ist. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass gerade Menschen mit niedriger Qualifikation zu wenig an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Auch im internationalen Vergleich hinken wir hinterher. Der von der Bundesregierung eingerichtete Innovationskreis Weiterbildung sieht einen Handlungsbedarf vor allem in folgenden Feldern:

- > Stärkung der Weiterbildungsstrukturen durch Ermittlung des Arbeitskräfteangebots und die -nachfrage sowie des Qualifizierungsbedarfs.
- > Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von derzeit 43% auf 50% durch Weiterbildungallianzen zwischen Bundesregierung, Ländern, Kommunen und Sozialpartnern.
- > Neue Erkenntnisse schneller für die Weiterbildung nutzen. Die überbetrieblichen Bildungseinrichtungen sollen zu Kompetenzzentren ausgebaut werden und vor allem die mittleren und kleinen Unternehmen bei der Wissensaneignung unterstützen.

Wegen der herausgehobenen Bedeutung der Bildungspolitik für das Wohl

der Gesellschaft sollen die Lehr- und Lernarrangements durch wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt werden. Um diese zu gewinnen, wird ein Nationales Bildungspanel durchgeführt, das auf der konzeptionellen Grundlage „Bildung im Lebenslauf“ erfolgt. Zudem soll ein Berufsbildungspisa die Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich feststellen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen sollen dann Bund, Länder und Sozialpartner die notwendigen Konsequenzen ziehen.

### Hausaufgaben für das Kultusministerium

Wie zu erkennen ist, werden vielfältige Maßnahmen eingeleitet, um die anstehenden Probleme zu lösen. Damit sich jedoch der gewünschte und zwingend notwendige Erfolg einstellt, gibt der VLB dem Kultusministerium noch eini-

ge Hausaufgaben auf, die vor einem erfolgreichen Start zügig zu erledigen sind. Wir fordern, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Lehrkräften ermöglichen, sich engagiert an den unerlässlichen Veränderungsprozessen engagiert beteiligen zu können. Hier denken wir vor allem an eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften, an Förderprogramme, an ausreichende Teilmöglichkeiten, an Erhöhung der Anrechnungstunden, an flexible Klasseinteilungsfaktoren, an eine Reduzierung der UPZ um nur die wichtigsten zu nennen.

Der VLB fordert weiterhin, die rechtlichen Grundlagen für die Durchlässigkeit so zu gestalten, dass die staatlichen beruflichen Schulen sich gut positionieren können, um in dem zunehmenden Wettbewerb mit den privaten Bildungsträgern erfolgreich bestehen zu können. ■

abl-Präsidium mit CSU-Fraktionschef Georg Schmid im Gespräch:

## Rahmenbedingungen an den Schulen verbessern

WOLFGANG LAMBL

„Das Präsidium der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Lehrerverbände (abl) vertritt die überwiegende Mehrheit der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer“, so ein abl-Vertreter zu Beginn des Gesprächs mit CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid im Bayerischen Landtag. Im Mittelpunkt der Gesprächsrunde standen die Forderungen der abl zur Dienstrechtsreform, die Ziele des Bündnisses „Beste Bildung in Bayern“ und natürlich die Rahmenbedingungen an den Schulen. Zum Thema Entlastung der Schulleitungen führte Jürgen Pache, KEG, aus, dass „die fachliche, organisatorische und pädagogische Führung einer Schule immer arbeitsintensiver wird, die Leitungszeit aber im Verhältnis zu gering ist. Über Modus F wird eine mittlere

Führungsebene erprobt, welche die Führungsspanne reduziert und die Schulleitungen für die innere Schulentwicklung entlastet“.

Wolfgang Lambl, VLB, lag neben der Dienstrechtsreform (siehe Thema des Tages) insbesondere die Problematik der Besetzung der Stellen für Verwaltungsangestellte am Herzen. Er betonte, dass „die Zahl der Stellen für Verwaltungsangestellte laut Richtzahlen nicht ausreichend ist. Ein eklatanter Fehlbedarf an Verwaltungsangestellten herrsche an den Fachober- und Berufsoberschulen. Von der CSU wurde im Januar in Kreuth beschlossen, dass Mittel für 164 zusätzliche Stellen bereitgestellt werden. „Davon muss eine größere Zahl auch an den beruflichen Schulen ankommen,“ so die Forderung des VLB-Vorsitzenden.



Von links: Jürgen Pache (KEG), Anton Huber (brlv), Georg Schmid (CSU-Fraktionsvorsitzender), Max Schmidt (bpv), Wolfgang Lambl (VLB).

Anerkennend wurden die Verbesserungen im Bereich der Reisekostenmittel, des kürzeren Abrechnungszeitraumes bei Mehrarbeitsabrechnungen und der Reduzierung der Wiederbesetzungssper-

re aufgenommen. „Die Richtung stimmt nun – die Schritte und die Geschwindigkeit noch nicht,“ so der trockene Kommentar von Wolfgang Lambl zum Schluss des Gesprächs. ■

Pressemitteilung des VLB vom 23.01.2008

## Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern begrüßt Schulversuch des Kultusministeriums

### „Berufsschule Plus“

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten war bereits die Rede von einer besonderen Förderung leistungsfähiger Auszubildender mit mittlerem Schulabschluss. In einer Erklärung kündigte nun heute Kultusminister Schneider einen neuen Schulversuch an, der fleißigen und begabten Auszubildenden neben der DBFH\* eine weitere Möglichkeit bietet, parallel zu ihrer Berufsausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.

### Der VLB begrüßt diesen Schritt,

- > weil er ein besonderes Angebot für leistungsfähige Auszubildende darstellt, denen der Weg über DBFH nicht möglich ist
- > weil er bayerischen Auszubildenden ähnliche Chancen einräumt, wie sie Auszubildenden anderer Bundesländer gewährt werden,
- > weil Bayern damit auf die Entwick-

lungen des europäischen Qualifikationsrahmens reagiert,

> weil die Quote der Hochschulzugangsberechtigten in Bayern über berufliche Schulen damit weiter gesteigert wird.

Der VLB unterstützt die für dieses Modell hilfreiche Zusammenarbeit der beruflichen Oberschule mit der Berufsschule und fordert das Kultusministerium auf, den beruflichen Schulen die zeitlichen Ressourcen für diese neue Aufgabe zu gewähren und die für den Schulversuch benötigten Planstellen bereitzustellen. Wolfgang Lambl: „Wer ernten will, darf das säen nicht vergessen.“

\* DBFH: Duale Berufsausbildung mit Fachhochschulreife. (Ein bereits im Lehrvertrag geregelter Ausbildungsgang mit verkürzter Lehrzeit, erhöhtem schulischen Anteil und Teilnahme an der regulären Fachhochschulreifeprüfung.) ■

Pressemitteilung des KM: Startschuss für das Projekt „Berufsschule plus“

## Auszubildende können neben dem Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife erwerben

Den Startschuss für das Projekt „Berufsschule plus – BS+“ hat Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider für die Berufsschulen im Freistaat gegeben.

Mit diesem erhalten ab dem Schuljahr 2008/2009 besonders leistungsbereite und -fähige Auszubildende in allen Ausbildungsberufen ein neues Angebot, mit dem sie sich bereits während der dualen Berufsausbildung auch schulisch weiter qualifizieren können. In drei Jahren können sie neben einem Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife erreichen.

Das Projekt wird gemeinsam mit der Stiftung Bildungspakt Bayern realisiert und ist zunächst auf vier Jahre befristet. Angeboten wird „Berufsschule plus“ zunächst an zehn Standorten. Die Berufsschulen können sich in Kürze um die Teilnahme am Projekt BS+ bewerben.

„Wir eröffnen mit dem Projekt Berufsschule plus unseren Auszubildenden einen völlig neuen Weg, sich für das Hochschulstudium zu qualifizieren – und das mit einem deutlichen Zeitgewinn“, so der Kultusminister. Die Maßnahme erhöht außerdem die Durchlässigkeit im bayerischen Bildungswesen und den Stellenwert der beruflichen Bildung, der nicht nur in internationalen Untersuchungen häufig verkannt wird.

Das Projekt „Berufsschule plus“ unterstreicht auch die Vergleichbarkeit mit anderen beruflichen Bildungsgängen, die im Ausland an Einrichtungen mit Hochschulstatus angesiedelt sind.

Mit „Berufsschule plus“ werden die doppelqualifizierenden Angebote für leistungsstärkere und motivierte Jugendliche in der beruflichen Erstausbildung spürbar erweitert. Bisher gab es diese nur im Rahmen des Schulversuchs „Duale Berufsausbildung und Fachhochschulreife“ (DBFH) für wenige ausgewählte

Ausbildungsberufe wie Mechatroniker und Industriemechaniker sowie an den Berufsfachschulen für Pflegeberufe.

Die Doppelqualifizierung BS+ wird nur Jugendlichen offen stehen, die eine mindestens zweijährige betriebliche Erstausbildung absolvieren und die Berufsschule besuchen und über einen mittleren Schulabschluss mit einem Notendurchschnitt von mindestens 3,5 in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik verfügen.

Die Auszubildenden besuchen in dem Projekt „Berufsschule plus“ Zu-

satzunterricht außerhalb des regulären Berufsschulunterrichts und außerhalb der Arbeitszeit im Ausbildungsbetrieb. Dieser wird je nach Erfordernissen bzw. Wünschen vor Ort am Abend, am Samstag oder im Anschluss an den regulären Unterricht der Berufsschule stattfinden.

Nach drei Jahren legen die Auszubildenden eine Ergänzungsprüfung in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik ab und können damit eine bundesweit anerkannte Fachhochschulreife erlangen. ■

situation in einigen Berliner Stadtvierteln, die wahrscheinlich wirklich einen Ethikunterricht zunächst die bessere Alternative sein lassen, auf jeden größeren urbanen Ballungsraum übertragen wollten, so dass der RU zusehends einem immensen Legitimationsdruck ausgesetzt ist. Dieser wird noch zusätzlich flankiert von einem Ökonomisierungsdruck sowohl seitens der Verwaltung/öffentlichen Hand als auch der Folgen eines gewandelten Bildungsbegriffs, der nur das als lehr- und lern-notwendig ansieht, was am Schluss der Wirtschaft am effizientesten nützt.

Nachdem im Berufsschulzentrum an der Bergsonstraße in München eine viel beachtete, hervorragende „Fachtagung Religion“ stattgefunden hatte, fand in München vom 9. bis 10. November 2007 eine zweitägige, aufeinander abgestimmte Symposiensreihe statt, welche das Anliegen der Sommer-Fachtagung thematisch weiterführte und nach dem Stellenwert des RU überhaupt fragte: So setzte es sich die Katholisch-Theologische Bundesfachschaft AGT (Arbeitsgemeinschaft Studierende der Katholischen Theologie in Deutschland) zur Aufgabe, die Situation und die Zukunft des RU in Deutschland zu reflektieren – und durch Kooperation mit dem Lehrstuhl für Religionspädagogik und Didaktik des RU an der LMU München wurde sogar die europäische Dimension bei der Veranstaltung einbezogen.

Gemeinsam mit dem Mentorat für Lehramtsstudierende mit dem Fach Katholische Religionslehre an der KHG der LMU München gestaltete die AGT am Freitag, 09.11.2007, in der KHG der LMU ein Tagungsprogramm, bei dem die Teilnehmer/-innen unterschiedlichster Herkunft (Studierende, Dozenten, Lehrer/-innen aller Fachrichtungen) der Lage des Religionsunterrichts und der Ausbildung zum/zur Religionslehrer/-in in Deutschland nachspürten: Welche Interessen verfolgen Kirche und Staat mit dem RU? Was für Konsequenzen erwachsen aus der Studienreform und den modularisierten Studiengängen? Kann der Religionslehrer/die Religionslehrerin neben dem Unterricht auch als Seelsorger/-in tätig sein?

Dr. Andreas Verhülsdonk, Geschäftsführer der Kommission für Erziehung und Schule der Deutschen Bischofskonferenz legte die Legitimierungsgrundlagen dar, aufgrund derer der Religionsunterricht als *res mixta* sowohl Angelegenheit des Staates und der Kirche ist. Unter Würdigung aktueller soziologischer Untersuchungen entwarf er vor dem Hintergrund des Gesprächs zwischen dem Philosophen Habermas und dem damaligen Kurienkardinal Ratzinger in der Katholischen Akademie in Bayern (München) eine weitergehende Legitimationsgrundlage, welche die zunehmende Säkularisierung der Gesellschaft berücksichtigt, gleichzeitig jedoch die integrale Kraft des Religionsunterrichts für eine moderne, globalisierte Gesellschaft aufzeigt. Dr. Matthias Pfeufer, wissenschaftlicher Referent am Religionspädagogischen Zentrum Bayern und Lehrbeauftragter an der Ludwig-Maximiliansuniversität München, beleuchtete den Bolognaprozess und die damit zusammenhängende Studienreform vor dem Horizont der Ausbildung zum Lehramt und besonderer Berücksichtigung des Studiums fürs Lehramt Religion; er kritisierte besonders mit Blick auf Bayern, dass voraussichtlich nur fürs Lehramt an Gymnasien Studierende neben dem 1. Staatsexamen einen MA-Abschluss haben werden; insgesamt komme es bei der Studienreform auf die effektive Gestaltung von Lernprozessen an, nicht auf Strukturen. Daraufhin folgten Workshops, die die aktuellen Dimensionen des Lehreralltags thematisierten und hierbei v.a. die Rolle des Religionslehrers als „Mädchen für alles“ innerhalb der Schulfamilie in den Blick nahmen. Ein Schwerpunkt lag dabei auch auf der Schulpastoral und der Krisenintervention z.B. im Falle eines Unglücksfalls an einer Schule.

Am Abend wurde bei einer offenen Podiumsdiskussion der Frage nachgespürt, welche Wünsche Schüler, Eltern, Lehrer, Politiker und Kirche an die Zukunft des RU haben. Neben den verschiedenen Interessensgruppenvertretern waren auch Ludwig Spaenle (CSU), Franz Maget (SPD) und Prälat Erich Pfanzelt zu Gast. Die Wünsche waren z.T. kontrovers: So forderte der Vorsitzende der Landeselternvereinigung in

Bayern, Thomas Lillig, die Zensuren im RU abzuschaffen und den Fokus auch auf den Glaubensvollzug z.B. in Gottesdiensten zu üben. Dagegen setzte Frank Wendel von der Bundesschülerkonferenz aus seiner Schulerfahrung eher auf einen dezidiert christlich konnotierten Ethikunterricht, der ganz einer katechetischen Spitze zu entbehren hätte, während die Vertreter von Politik, Kirche und dem VKRG Bayern (Max Zißler) ihre Sicht des RU als durchaus leistungsbezogenes Unterrichtsfach, das das Leben der Schüler im Blick hat und christlich zu deuten versucht, konturierten.

In Kooperation mit dem Lehrstuhl für Religionspädagogik und Didaktik des RU stand am nächsten Tag, 10.11.2007, in der Kleinen Aula der LMU die Frage nach dem Potenzial einer religiösen Erziehung im europäischen Kontext im Raum. Anlass für diese maßgeblich von Prof. em. Dr. Alfred Gleißner, einem bedeutenden Nestor der Religionspädagogik und des Religionsunterrichts an Berufsschulen, und Frau Dr. Johanna Dichtl (beide vom o.g. Lehrstuhl) initiierte Veranstaltung war das zehnjährige Jubiläum eines von Prof. Gleißner ins Leben gerufenen, europaweiten ökumenischen Seminars an der Venice International University San Servolo, welches sich mit großem Erfolg über die vergangenen Jahre hinweg der Bedeutung der christlichen Religion für ein geeintes Europa in vielen Facetten angenähert hatte.

So beleuchtete nach der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags zwischen der Kath.-Theol. Fakultät der LMU mit der Theologischen Hochschule der Salesianer in Rom Professor Gleißner die politische Gestaltwerdung des Projekts Europa und die Implikationen für den Religionsunterricht; dabei zeichnete er auch das diffizile Zusammenspiel zwischen europäischen Institutionen und den Kirchen nach. Angesichts aktueller Probleme (u. a. der Flüchtlingsproblematik) wies er drängende Aktionsfelder religionspädagogischen Handelns auf, um ein menschenwürdiges und dem Frieden der Völker verpflichtetes Europa zu gewährleisten. Dem Religionsunterricht käme dabei eine große Bedeutung zu, da er die Schüler/-innen zu einem Gesellschaftsengagement aus christlicher

Tagungskooperation widmet sich dem Religionsunterricht in Deutschland und Europa:

## Europa ohne RU? – eine Zeitdiagnose und ihre Antwortversuche

STEPHAN MOKRY

Religion boomt. Fachpublikationen der letzten Jahre scheinen dies offenkundig zu belegen (z.B. Regina Polack: *Megatrend Religion? Neue Religiositäten in Europa*, Ostfildern 2002). Auch wenn sich die unterschiedlichen Studien nicht ganz einig sind, ob es sich nicht doch viel eher um mehr oder weniger pseudoreligiös aufgeladene Erscheinungsformen einer nach ordnenden Ritualen suchenden „Zivilreligion“ oder Ausdruckweisen der Eventkultur handelt als um ernsthafte Suche nach einem letzten tragenden Sinn hinter den Dingen, so ist die Frage nach der Wiederkehr der Religion(en) weiterhin aktuell – gerade im Zuge des Disputes hinsichtlich einer Toleranzgrenze für Äußerungen religiöser Inhalte im öffentlichen Raum nicht zuletzt durch unterschiedliche Fundamentalismen und ihrer Wirkungsweisen auf weltliche Machtstrukturen, die eine vermeintlich aufgeklärt Welt stets aufs Neue in verwirrt aufhorchen lassen. Vor diesem Hintergrund – so sollte man meinen – sei für den Religionsunterricht (RU) die Frage

seiner Legitimation eigentlich überflüssig: Man müsse doch froh sein, dass es eine institutionalisierte Form gebe, vermittelt derer in gegenseitiger Verwiesenheit und je eigener Verantwortlichkeiten die christlichen Kirchen und der Staat unter dem Schutz des Grundgesetzes die heranwachsenden Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, das weite Feld des religiösen unter dem Blickwinkel ihrer jeweiligen Konfession verstehen zu lernen, um mündig darin agieren zu können, d.h. im besten Falle die aus ihrer Taufwürde resultierenden Rechte und Pflichten anzunehmen, auszuüben und in Verantwortung für die Welt wie das konkrete Gemeinwesen einzusetzen.

Die Diskussionen um die Ermöglichung des konfessionellen RU im Rahmen der Debatte anlässlich der Einführung eines verpflichtenden und überkonfessionellen Ethikunterrichts im Land Berlin im Jahre 2006 jedoch zeigten ein anderes Bild – vielleicht dasjenige, das am ehesten aus einem postulierten „Megatrend Religion“ resultiert. Und so kam es seitdem zu Verallgemeinerungen, welche die multikulturelle, pluralistische Si-



Prof. Gleißner (links) ist der Nestor des Religionsunterrichts an beruflichen Schulen in Bayern. Im Namen des VLB-Vorstands überreichte Michael Persie das Buch „Vom Sinn des Älterwerdens“ von Anselm Grün.

Motivation führe. Prof. Dr. Michael Wermeke, evangelischer Religionspädagoge an der Universität Jena, verortete daraufhin die in Medien und Politik diskutierten Probleme gesellschaftlichen Wandels im aktuellen Säkularisierungsprozess und zeigte Möglichkeiten auf, den aktuellen religiösen Trend fruchtbar zu machen für eine Gestaltung eines geeinten Europa.

Nachmittägliche Workshops nahmen die Situation von Gesellschaft, Kirche und Religionsunterricht in verschiedenen europäischen Ländern unter dem Blickwinkel katholischer, evangelischer und orthodoxer Sicht wahr und entwarfen bspw. Modelle interreligiösen Lernens, um die europäischen Gesellschaften zukunftsfähig zu machen für den weltweiten Wettbewerb im Rahmen der allgemeinen Globalisierung.

Eine Publikation, welche dem Engagement Professor Gleißners für eine Verständigung der Konfessionen im gemeinsamen Anliegen der religiösen Bildung gewidmet ist und die Beiträge vieler Fachleute vereint, dokumentiert die Ergebnisse des Seminars und des Symposiums informativ wie eindrucksvoll: Irmgard Bock u. a. (Hg.), *Europa als Projekt. Religiöse Aspekte in einem politischen*



Kontext (Bamberger Theologisches Forum; 9), Berlin-Münster 2007.

Positive Nachricht zum Schluss: Die Idee des ökumenischen Venedig-Seminars soll fortgeführt werden – denn das Projekt „Europa“ ist noch nicht vollendet und braucht weiterhin die konstruktiv-kritische Reflexion, gerade auch aus Sicht der Religionspädagogik.

Der Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen ist in aller Munde. Das Institut für Berufsorientierte Religionspädagogik, Tübingen, veranstaltete am 12. November 2007 den Kongress „gott leben beruf“ mit Kardinal Lehmann in

Mainz. Das Leitthema des Kongresses lautete: „Berufliche Bildung mit religiöser Kompetenz“. Vom 6.–8. März 2008 wird der Deutsche Katechetenverein aus München sein Berufsschulsymposium in Freising mit dem Thema „Perspektiven finden – Ressourcen nutzen. Der Beitrag des Religionsunterrichts zu gelingendem Leben und beruflicher Bildung“ veranstalten. Die Vertreter der Fachgruppe Religion des VLB beteiligten und beteiligen sich an allen erwähnten Veranstaltungen, natürlich auch wieder beim Berufsbildungskongress des VLB am 14./15. November 2008 in Freising. ■

### Pressemitteilung des BIBB – Wegfall der Ausbilderprüfung: Mehr Ausbildungsplätze – weniger Ausbildungsqualität

Die zeitlich befristete Aussetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) hat zu mehr Ausbildungsbetrieben und mehr Ausbildungsplätzen geführt. Der Zuwachs fällt jedoch geringer aus als erwartet. Zugleich gibt es Hinweise darauf, dass die Neuregelung, die am 3. Mai 2003 beschlossen worden ist, negative Auswirkungen auf die Qualität der Ausbildung hat. Eine deutliche Mehrheit der befragten Betriebe sieht in der AEVO einen wichtigen Beitrag zur Sicherung einer Mindestqualifikation des Ausbildungspersonals sowie der Qualität der beruflichen Ausbildung insgesamt. Dies sind die wesentlichen Ergebnisse einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), die in Zusammenarbeit mit der Bonner Forschungsgruppe SALSS von Oktober 2006 bis November 2007 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in der aktuellen Ausgabe von BIBB Report.

Mit der Aussetzung der AEVO, die Teile der Wirtschaft als bürokratische Hürde bezeichnet hatten, sollte Betrieben der Einstieg in die Ausbildung erleichtert werden. Nach der Rechtsänderung müssen Ausbilder für Auszubildende, die vom 1. August 2003 bis 31. Juli 2008 bestehen oder eingerich-

tet werden, den Qualifizierungsnachweis nach der AEVO nicht mehr erbringen, d. h. keine Prüfung mehr ablegen.

Die Untersuchungsergebnisse der im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführten Studie basieren auf zwei Erhebungen: eine bundesweite repräsentative Befragung unter rund 15.000 Betrieben sowie eine Befragung der Handwerks- und Industrie- und Handelskammern.

#### Mehr Ausbildungsbetriebe – mehr Ausbildungsplätze

Nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung liegt die Zahl der Betriebe, denen nach eigenen Angaben die Aussetzung der AEVO den Einstieg in die Ausbildung erleichtert bzw. ermöglicht hat, mehr Auszubildende einzustellen, zwischen 7.000 bis 10.000 pro Jahr.

Die Zahl der Ausbildungsplätze, die durch die Aussetzung der AEVO leichter zur Verfügung gestellt werden konnten, bewegt sich zwischen 10.000 bis 25.000 pro Jahr.

Die Angaben der Betriebe dürfen jedoch nicht in der Weise interpretiert werden, dass die Neuregelung der AEVO der alleinige Grund ihrer Entscheidung zur Ausbildung gewesen sei.

Die neu für eine Ausbildung gewonnenen Betriebe sind vor allem Kleinbetriebe mit 1–9 Beschäftigten (67%) und mit 10–19 Beschäftigten (28%). Die Verteilung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, dass die Aussetzung der AEVO überwiegend Dienstleistungs- (38%) und Handelsbetrieben (28%) zugute kam.

#### Aussetzung der AEVO führt zu Qualitätsverlust der Ausbildung

Qualitative Auswirkungen der Aussetzung der AEVO lassen sich vor allem hinsichtlich des Ausbildungserfolgs feststellen. So zeigen die Ergebnisse der Betriebsbefragung, dass Ausbildungsabbrüche – unabhängig von der Betriebsgröße und dem Wirtschaftszweig – häufiger in den Betrieben auftreten, die über kein nach AEVO qualifiziertes Personal verfügen und die selbst angegeben hatten, dass ihnen die Aussetzung der AEVO den Einstieg in die Ausbildung erleichtert habe. Diese Betriebe klagen auch häufiger über Schwierigkeiten und schlechtere Noten ihrer Auszubildenden in den Prüfungen.

Dieses Ergebnis deckt sich in der Tendenz mit jenem der Kammerbefragung: Dort ist knapp die Hälfte der Ausbildungsberater und -beraterinnen der Auffassung, dass die Aussetzung der AEVO zu einem Qualitätsverlust und einem Imageschaden der beruflichen Ausbildung geführt habe.

Zu berücksichtigen ist hier, dass Ausbildungserfolge und -misserfolge auch noch weitere Ursachen haben können – wie zum Beispiel die individuelle Lernbiografie, die Motivation oder den familiären Hintergrund der Auszubildenden.

#### AEVO als Instrument der Qualitätssicherung

Drei Viertel (77%) der Ausbildungsberater und -beraterinnen bei den Kammern sind der Meinung, die AEVO sollte wieder in Kraft gesetzt werden. Dabei gibt es eine deutliche Mehrheit (65%), die sich für eine vorherige Überarbeitung ausspricht. 12% sagen, die AEVO solle unverändert wieder eingesetzt werden. Für eine ersatzlose Abschaffung treten nur 3% ein; 18% sprechen sich für eine weitere Aussetzung aus. ■

### Kultusministerium reagiert auf HPR- und VLB-Initiativen:

## Erhöhung der Anrechnungsstunden für die Seminarlehrertätigkeit

WOLFGANG LAMBL

Hauptpersonalrat und VLB haben seit 2004 immer wieder die Zurücknahme der gemäß KMBek verfügten Kürzung der Anrechnungsstunden für die Seminarlehrertätigkeit gefordert. „Die Betreuung der Studienreferendare ist mit einer entscheidenden Weichenstellung für die Qualität der Lehrerausbildung. Gerade hier zu sparen war und ist falsch“, so die damalige Aussage beim Gespräch mit Ministerialdirigent Dr. Peter Müller, Leiter der beruflichen Abteilung im Kultusministerium. Nun hat das Ministerium in einem ersten Schritt auf die Forderung nach Erhöhung der Anrechnungsstunden reagiert und es wurde mit Schreiben vom 22.01.2008, Gz. VII.2 – 5S9101 – 7.2169, festgelegt, dass die Zahl der Anrechnungsstunden für die Seminarlehrertätigkeit bei der Betreuung von 1–2 Studienreferendaren rückwirkend ab dem Schuljahr 2007/2008 um 1 Stunde auf 4 Stunden erhöht wird. Damit wird die gemäß KMBek vom 19. August 2004 (KWMBI I S. 306) erfolgte Kürzung, die zum 1. September 2004 in Kraft getreten ist, für diesen Personenkreis aufgehoben.

Die Zahl der Anrechnungsstunden für die Seminarlehrertätigkeit bei der Betreuung von 3 und mehr Studienre-



Seminarlehrer erhalten gestrichene Anrechnungsstunden zurück. Damit wird ihrer besonderen Belastungssituation Rechnung getragen. Wolfgang Lambl im Gespräch mit dem Leiter der beruflichen Abteilung Dr. Peter Müller.

ferendaren richtet sich wie bisher nach der KMBek vom 12. Juli 1985 (KMBI I S. 102), zuletzt geändert durch KMBek vom 8. Dezember 2006 (KWMBI I 2007 S. 7).

„Das war ein weiterer anerkennenswerter, kleiner Schritt in die richtige Richtung. Ziel muss es sein, auch die restlichen Kürzungen bei Anrechnungsstunden zurückzunehmen und die besonderen Belastungsfaktoren der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen bei der Unterrichtspflichtzeit zu berücksichtigen“, so die Forderung des VLB-Vorsitzenden und Hauptpersonalrates Wolfgang Lambl. ■

### Was sind triftige Gründe?

## Mit dem eigenen Fahrzeug auf Dienst- oder Fortbildungsreise

WOLFGANG LAMBL

Bei der Entscheidung, ob triftige Gründe für die Benutzung des privateigenen Kraftfahrzeugs bei Dienst- und Fortbildungsreisen vorliegen, kann die folgende Zusammenstellung herangezogen

werden: Triftige Gründe werden anerkannt, sofern für die Benutzung des privaten Kraftfahrzeugs bei Dienstreisen zwingende dienstliche Gründe oder (in Ausnahmefällen) zwingende persönliche Gründe vorliegen.

**Zwingende dienstlichen Gründe:**

- > wenn der Geschäftsort mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln nicht erreicht werden kann
  - > wenn bei Benutzung der regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittel der Geschäftsort nicht rechtzeitig erreicht werden kann
  - > wenn der Geschäftsort mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln nur mit einem wesentlich höheren Kostenaufwand erreicht werden kann
  - > wenn während der Dienstreise mehrere Geschäftsorte anzufahren sind und die hierbei erforderliche Mobilität mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln nicht gewährleistet ist.
  - > wenn die Kraftfahrzeugbenutzung zu einer wesentlichen Abkürzung der Dienstreisedauer und damit gleichzeitig zu einer entsprechenden Kosteneinsparung führt
  - > wenn der Umfang des auf der Reise mitzuführenden Dienstgeschäfts (nach Anzahl, Ausmaß und Gewicht) das Benutzen regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel unzumutbar macht (z.B. umfangreiches oder sperriges Arbeitsmaterial)
  - > wenn durch das Benutzen des privaten Kraftfahrzeugs eine echte Arbeitszeiterparnis (nicht nur eine bloße Abkürzung der Dienstreisedauer) eintritt, die den Mehraufwand bei der Reisekostenvergütung durch finanzielle Einsparungen an anderer Stelle (z.B. durch Mehrarbeitsvergütung) wieder ausgleicht.
  - > wenn ein Kraftfahrzeughalter mindestens 2 Personen mitnimmt, die ebenfalls Anspruch auf Fahrkostenerstattung gegen seinen Dienstherrn haben
  - > wenn ein Kraftfahrzeughalter 1 Person mitnimmt, die gegenüber seinem Dienstherrn Anspruch auf Fahrkostenerstattung hat und die Reisekostenvergütungen der beiden Personen zusammen nicht höher sind als bei Benutzung regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel (Versicherungsprämie ist in der Vergleichsberechnung zu berücksichtigen).
- Zwingende persönliche Gründe:**
- > wenn eine erhebliche Beeinträchtigung

der Reisefähigkeit bei einem Schwerbehinderten besteht (eine amtlich festgestellte Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 v.H. für Schwerbehinderte stellt noch keinen zwingenden triftigen Grund dar)

- > wenn bei einer plötzlichen lebensgefährlichen Erkrankung des Beamten oder eines seiner Angehörigen besondere Eile geboten ist.

Für dienstlich veranlasste Fahrten besteht Versicherungsschutz bei der Baye-

rischen Versicherungskammer Tel. 089/21600). Unter der Versicherungsnummer KR 2958762 hat der Freistaat Bayern für alle Dienstfahrten einen Rahmenvertrag für Kasko- und Haftpflichtschäden abgeschlossen.

Weitere Informationen erteilt dazu auch das Landesamt für Finanzen – Regensburg, Herr Walter Dirschl (Tel. 0941/5044-376).

*Der VLB wünscht Ihnen immer unfallfreie Fahrt und alles Gute!* ■

Jetzt hat Karlsruhe das letzte Wort:

## Bundesfinanzhof hält Kürzung der Pendlerpauschale für verfassungswidrig

WOLFGANG LAMBL

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit jetzt veröffentlichtem Beschluss vom 10. Januar 2008 (Az.: VI R 17/07) seine verfassungsrechtlichen Bedenken bestätigt und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber eingeholt, ob die Kürzung der Entfernungspauschale mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht wird nach Aussage einer Sprecherin noch in diesem Jahr über die Entfernungspauschale entscheiden.

Mit der Pendlerpauschale können Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte steuerlich geltend gemacht werden. 2004 wurde der Betrag auf einheitlich 30 Cent je Kilometer gekürzt. Nach einem Beschluss der großen Koalition können seit 1. Januar 2007 Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte nur noch ab dem 21. Kilometer von der Steuer abgesetzt werden. Es gilt seither das sogenannte Werkstorprinzip, wonach Fahrten zur Arbeit dem privaten Bereich zuzuordnen sind und die berufliche Sphäre erst am Werkstor beginnt. Diese mit dem Steueränderungsgesetz 2007 eingeführte Neuregelung hatte auch den dbb veranlasst,

Musterverfahren u.a. zur Entfernungspauschale zu unterstützen (vgl. dbb info 13/2007 und 90/2006).

Nach Auffassung des BFH sind Aufwendungen des Arbeitnehmers für die Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte Erwerbsaufwendungen und deshalb bei der Bestimmung der finanziellen Leistungsfähigkeit nach dem so genannten objektiven Nettoprinzip zu berücksichtigen. Die vom Gesetzgeber zur Begründung angeführte Haushaltskonsolidierung biete für sich genommen noch keinen sachlichen Grund für eine Ungleichbehandlung. Der BFH ist ferner der Ansicht, dass der Gesetzgeber das Werkstorprinzip nicht folgerichtig umgesetzt habe. Denn sonstige Kosten der Mobilität - etwa Kosten der doppelten Haushaltsführung - könnten weiterhin als Werbungskosten oder in sonstiger Weise steuerlich geltend gemacht werden.

Selbst wenn man aber das Werkstorprinzip anerkennen sollte, verstößt das Abzugsverbot nach Auffassung des BFH gegen das subjektive Nettoprinzip. In diesem Fall handle es sich um unvermeidbare Ausgaben, denen sich der Arbeitnehmer nicht beliebig entziehen könne. Diese Aufwendungen seien auch

nicht durch den Grundfreibetrag abgegolten. Andernfalls bliebe das einkommensteuerliche Existenzminimum hinter dem sozialrechtlichen Mindestbedarf zurück. Danach nämlich zählen Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu den notwendigen Ausgaben, die das nach Sozialhilferecht zu berücksichtigende Einkommen mindern. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aber muss der Gesetzgeber dem Einkommensbezieher von dessen Erwerbsbezügen mindestens das belassen, was er dem Bedürftigen zur Befriedigung seines existenznotwendigen Bedarfs aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellt.

Bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts können die Finanzämter weiterhin auf Antrag des Steuerpflichtigen die Fahrtkosten zur Arbeit ab dem ersten Kilometer auf der Lohnsteuerkarte eintragen. Steuerbescheide bleiben bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts insoweit offen.

Unabhängig von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts können behinderte Menschen, deren Grad der Behinderung mindestens 70 Prozent beträgt (bzw. mindestens 50 Prozent bei gleichzeitig erheblicher Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr), an Stelle der Entfernungspauschale die tatsächlichen Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auch nach den Regelungen des Steueränderungsgesetzes 2007 weiterhin ansetzen. ■

Internetplattform „spickmich.de“:

## Dürfen Schüler ihre Lehrer im Internet benoten?

WOLFGANG LAMBL

Aus Anlass des 2. Europäischen Datenschutztages, der auf Initiative des Europarats eingeführt wurde, hat die Bayerische Datenschutzaufsichtsbehörde für

den nicht öffentlichen Bereich am Montag, 28. Januar 2008 in Nürnberg eine Pressekonferenz durchgeführt, an der auch Vertreter von bayerischen Lehrerverbänden teilgenommen haben. Ausgehend von der Internetplattform „spickmich.de“ stellte die Bayerische Datenschutzaufsichtsbehörde ihre Rechtsauffassung zu Veröffentlichungen personenbezogener Daten im Internet vor.

In letzter Zeit erregte die Frage der rechtlichen Zulässigkeit der sogenannten „Lehrerbeurteilungen“ unter [www.spickmich.de](http://www.spickmich.de) die besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Das Landgericht Köln und das Oberlandesgericht Köln haben in einem einstweiligen Verfügungsverfahren diese Beurteilungen von Lehrern im Internet als rechtmäßig angesehen. Die Presse hat Ende November unter aussagekräftigen Schlagzeilen wie „Auch Lehrer müssen Noten dulden“ oder „Lehrerbenotung im Internet ist rechtens“ ausführlich darüber berichtet.

Aus aktuellem Anlass:

## Dienstbefreiung für Lehrkräfte bei Wahlhelfertätigkeit?

WOLFGANG LAMBL

Lehrkräfte werden bei politischen Wahlen verstärkt zu einer Wahlhelfertätigkeit verpflichtet. Danach stellt sich immer wieder die Problematik der Dienstbefreiung für die Wahlhelfertätigkeit. Gelten die entsprechenden Ausführungen des Finanzministeriums auch für Lehrkräfte? Wie ist der Begriff Unterrichtsausfall zu interpretieren? Die folgenden Informationen, welche als Grundlage sowohl § 12 Lehrerdienstordnung (LDO) als auch die Urlaubsverordnung (UrlV) einbeziehen, sollen dazu beitragen, dass die Wahlhelfertätigkeit nach den gegebenen Möglichkeiten auch angemessen „honoriert“ wird.

Sachinformation

**Ausgleich für die Beanspruchung.** Als Ausgleich für die Beanspruchung

Im Gegensatz dazu kommt die Bayerische Datenschutzaufsicht zu dem Ergebnis, dass die Bewertungen der Lehrer im Internet mit dem Bundesdatenschutzgesetz nicht zu vereinbaren sind, da das Recht der Lehrer auf informationelle Selbstbestimmung stärker zu gewichten ist als das Grundrecht auf Ausübung der Meinungsfreiheit. Es geht ja nicht nur um die Benotung der Lehrer, sondern es geht generell um die Frage: „Welche Informationen über einen anderen Menschen darf ich in das Internet einstellen?“ Wir würden es sehr begrüßen, wenn diese Frage im Gerichtsverfahren [spickmich.de](http://spickmich.de) höchststrichterlich durch den Bundesgerichtshof oder durch das Bundesverfassungsgericht geklärt werden könnte.

Die ausführliche datenschutzrechtliche Betrachtung über die Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet finden Sie auf der Internetseite der Regierung von Mittelfranken ([www.regierung.mittelfranken.bayern.de](http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de)). ■

Hinweise für die Umsetzung

**Sind die besonderen schulischen Belange zu berücksichtigen?** Bei der Ermessensentscheidung auf Dienstbefreiung für einen Lehrer zum Ausgleich einer Wahlhelfertätigkeit darf diese für einen Lehrer generell nicht anders und/oder enger gefasst werden als bei allen übrigen Beamten. Eine Berücksichtigung der besonderen schulischen Belange erfordert dies nicht. Dienstbefreiungen während der Unterrichtszeit sind daher entgegen dem scheinbaren Ausnahmecharakter des § 12 Abs. 5 LDO gerade nicht die Ausnahme, sondern der Regelfall. Unterricht fällt nämlich im Wortsinne nur dann aus, wenn überhaupt kein Unterricht stattfindet (vgl. BayVGh, Nr. 3 B 84A 2220, Urteil vom 20.2. 1985)

**Organisation der Dienstbefreiung.**

Bei der Dienstbefreiung wird sich durch rechtzeitige organisatorische Vorkehrungen vor Ort regelmäßig ein Unterrichtsausfall vermeiden lassen. Hierbei ist im beruflichen Schulwesen auch an Vertretungen im Rahmen des Lehrerunterrichtskontos, an einen Stundentausch zwischen Kollegen zu denken sowie auch die Verlegung von Unterrichtsstunden. Ausgleich der Interessen ist herbeizuführen durch rechtzeitige organisatorische Vorkehrungen vor Ort.

**Zeitpunkt der Dienstbefreiung.**

Der Ausgleich für den Dienst als Wahlhelfer soll zeitnah („in der Regel am darauffolgenden Montag“) gewährt werden (vgl. Kommentar Diller / Hahn Anmerkung 3 zu Absatz 5, § 12 LDO in „Dienstordnung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen“, Text / Kommentar, Verlag J. Maif, München).

Rechtsquellen

- > FMBek vom 23. März 1972
- > §12 (5) Lehrerdienstordnung (LDO)
- > KMBek vom 4.1.1990
- > KMS vom 8.10.1991 Nr. III/-P4004/ 2/1-8/ 131831
- > Urlaubsverordnung (UrlV) ■



## Arbeitstagung für Lehrkräfte an Fachoberschulen und Berufsoberschulen

### Berufliche Oberschule – ein Premiumweg zur Hochschulreife

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) lädt Sie herzlich zu einer Informations- und Fortbildungsveranstaltung ein, die sich mit der Beruflichen Oberschule und aktuellen Themen der Fachoberschule und Berufsoberschule befasst.

Samstag, 8. März 2008

Staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule Bayreuth  
Körnerstraße 6, 95448 Bayreuth

#### Programm

- 9.30 Uhr Eintreffen der Gäste, Beginn der Lehrmittelschau**
- 10.00 Uhr Begrüßung.** Wolfgang Lambl, Klaus Vietze
- 10.15 Uhr Grußworte**
- 10.45 Uhr Die berufliche Oberschule – ein attraktiver Weg zur Hochschulreife.** Impulsreferat Staatssekretär Bernd Sibler
- 11.30 Uhr Podiumsgespräch  
Fachoberschule und Berufsoberschule – Bedingungen, Chancen, Forderungen.** Staatssekretär Bernd Sibler, LEV-Vorsitzende Jutta Kloth, VLB Vorsitzender Wolfgang Lambl, VLB- Referent für FOS/BOS Hans Dietrich. Moderation Michael Birner
- 12.15 Uhr Mittagspause**
- 13.30 Uhr Arbeitskreise**
- 13.30–  
14.15 Uhr **1. Der VLB im Gespräch mit dem Staatsministerium**  
MR Günter Liebl, Michael Birner, Hans Dietrich
- 14.15–  
15.00 Uhr **2. Praxis und Erfolg der Brückenangebote**  
Rudolf Geier, Reinhard Hornauer
- 14.15–  
15.00 Uhr **3. Studienreferendare an Fachoberschulen und Berufsoberschulen**  
Brigitte Mika-George, Elke Rost
- 14.15–  
15.00 Uhr **4. FPA: Auslandsmaßnahmen und Zertifizierung**  
Peter Großmann
- 13.30–  
15.00 Uhr **5. Qualitätsmanagement: Praxis interner Evaluation**  
Heidi Hübner
- 13.30–  
15.00 Uhr **6. Projekte im Unterricht für Wirtschaftsinformatik**  
Heinz Nikolaus Bayerlein
- 15.00 Uhr Schlusswort und Ausklang.** Jürgen Wunderlich

Parallel zu den Arbeitskreisen besteht die Möglichkeit für Einzelgespräche zum Personal- und Dienstrecht mit unserem Hauptpersonalrat Horst Hackel.

Die Anerkennung der Veranstaltung als die Lehrerfortbildung ergänzende Maßnahme ist beantragt.

**Ihre Anmeldung bis spätestens 4. März 2008 per Fax : 089/5 50 44 43 oder E-Mail: [info@vlb-bayern.de](mailto:info@vlb-bayern.de) erleichtert uns die Planung und zeitliche Festlegung der Arbeitskreise.**

#### Fax Anmeldung

Anmeldung  
zur Arbeitstagung  
Berufliche Oberschule –  
ein Premiumweg zur  
Hochschulreife

Fax: 089/5504443

Absender

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Ich möchte am

- Arbeitskreis 1
- Arbeitskreis 2
- Arbeitskreis 3
- Arbeitskreis 4
- Arbeitskreis 5
- Arbeitskreis 6

teilnehmen.

Datum

Unterschrift

## Projekt JoA – Prax an der Berufsschule Neusäß:

### Nur individuelle Unterstützung bringt Erfolg

BARBARA DILBEROWIC

Zur Bewältigung der Probleme von und mit Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz wurden in den letzten Jahren viele Ansätze und Projekte geschaffen. Die große Anzahl und Vielfalt erschwert den Überblick und ist angesichts der Mangelwirtschaft an beruflichen Schulen manchem ein Dorn im Auge.

Nun sinken die JoA-Zahlen und es frohlocken diejenigen, denen der ganze Wirbel um die JoAs zu groß war, weil sie deren Beschulung grundsätzlich in Frage gestellt haben. Dass die Schulpflicht jedoch durchaus Sinn machen und Erfolge verbuchen kann, zeigt sich am Beispiel JoA-Prax.

#### JoA-Prax – Starthilfe für den Einstieg ins Berufsleben

Das Projekt JoA-Prax gibt es seit dem Schuljahr 2006/2007 an den Beruflichen Schulen in Neusäß und richtet sich an alle noch schulpflichtigen Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis, die nicht an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme der Agentur für Arbeit teilnehmen.

Ziel von JoA-Prax ist es, den Übergang zwischen Schule und Beruf zu erleichtern, die Schulzeit stärker für Berufsorientierung zu nutzen und die Jugendlichen auch außerhalb der neun Wochen Schulpflicht pro Jahr zu betreuen.

Dazu analysiert die Berufswegebegleiterin zunächst persönliche Stärken und Schwächen sowie berufliche Präferenzen im Rahmen von Erstgesprächen oder Gruppentrainings mit dem Ziel, die vorhandenen Kompetenzen der Jugendlichen zu stärken und mit den Anforderungen des Ausbildungsmarktes abzugleichen. Auf dieser Grundlage erstellt sie dann individuelle Förderpläne mit den teilnehmenden Jugendlichen. Dabei gilt es immer wieder die persönliche Verantwortung des Jugendlichen für seinen weiteren Lebens- und Berufs-



Berufsbegleiterin Christiane Verbeeten inmitten ihrer Schützlinge.

weg aufzuzeigen und ihn aktiv einzubinden. Des Weiteren wird eine betriebliche Qualifizierung in Form von Akquisition betrieblicher Praktikumsstellen angestrebt und eine Betreuung der Jugendlichen während der Praktikumszeit gewährleistet. Hierzu ist eine Vielzahl von Gesprächen mit Betrieben, Eltern, aber auch Lehrkräften notwendig.

Um die Chancen sozial benachteiligter Jugendlicher auf die Integration in die Berufswelt zu verbessern ist die Vermittlung in geeignete Praktika und vor allem die Betreuung während der Praktikumszeiten ein unverzichtbarer Aspekt.

Ein Drittel der betreuten Jugendlichen konnten im letzten Schuljahr in betriebliche und schulische Ausbildungsplätze vermittelt werden.

Um Zugang zu den Jugendlichen zu erhalten, die tragfähige pädagogische Arbeitsbeziehung auszubauen und um Hemmnisse abzubauen, die für die Jugendlichen eine Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme nahezu unmöglich machen, fallen auch Angebote im freizeitpädagogischen Bereich an.

Nicht zu unterschätzen ist die Präventionsarbeit, die in Zusammenarbeit mit Jugendamt und anderen Einrichtungen die gefährdeten Schülerinnen und Schüler dazu ermutigt, die Hilfsangebote zu nutzen oder Auflagen einzuhalten.

#### Wie geht's weiter?

Leider endet das Projekt, finanziert durch den Arbeitsmarktfonds Bayern, zum 31.07.2008 und eine Fortführung war von Beginn an ausgeschlos-

sen. Durch die geplanten neuen Beschulungsarten im kommenden Schuljahr werden sicherlich die meisten Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz eine Bildungsbegleitung durch die Träger erhalten. Wie erfolgreich diese Begleitung ist, hängt nicht zuletzt von Engagement, Beziehungen und Ressourcen der jeweiligen Träger ab. Aber gerade die problematischen Jugendlichen werden in diesen Maßnahmen keinen Platz finden oder behalten: sie fügen sich eben nicht in solche Strukturen ein, sie ordnen sich ungern unter, wollen keinen ganzen „Arbeitstag“ ableisten.

Außerdem haben etliche Jugendliche ihre Fördermöglichkeiten bereits ausgeschöpft und können an keiner weiteren Maßnahme mehr teilnehmen.

Würde die Ausbildung abgebrochen oder das Auszubildungsverhältnis von Arbeitgeberseite gelöst, sind die Jugendlichen mitunter derart traumatisiert, dass sie vor weiteren Maßnahmen sowieso zurückschrecken.

Unsicherheit, fehlendes Selbstbewusstsein und Perspektivlosigkeit äußern sich dann nicht selten in auffälligem oder gar delinquentem Verhalten.

Diese Jugendlichen brauchen verlässliche und ständig verfügbare Ansprechpartner an der Schule und die Chance zur Selbstbestimmung, um sich überhaupt auf neue Anfänge einlassen zu können.

Aus dieser Klientel rekrutieren sich sonst im schlimmsten Fall die (kostenintensiven) Sozialfälle der Zukunft, die krassen Fälle, über die in der Zeitung zu

lesen ist, diejenigen, die man seinen Kindern als spätere Gesellschaft gerne erspart hätte.

Aber auch im Hinblick auf die Lehrgesundheit ist die Unterstützung der Berufswegebegleiterin unverzichtbar. Eine derart intensive Betreuung können Klassenleitung oder Beratungslehrer beim besten Willen nicht leisten ohne an den Rand des Burnout zu gelangen. Dafür sind wir nicht ausgebildet und das ist auch nicht unsere vorrangige Aufgabe als Lehrkraft an beruflichen Schulen.

Außerdem vertraut ein Jugendlicher wichtige Hintergrundinformationen eher einer „neutralen“ Person an als einer Lehrkraft, die ihm in der Klasse wiederbegegnet.

Zielgerichtet kann die Berufswegebegleitung auch an die Lehrer herantreten und konstruktive Konfliktlösungsansätze oder Förderungslücken aufzeigen.

Für alle Beteiligten wünschenswert wäre die Etablierung dieses sinnvollen Modells. ■

gibt, wenn man mit dem Chef mal alleine zur nächsten Baustelle fährt. Andererseits kann es jedoch auch vorkommen, dass die Übernahme in einem „förmlichen Feedbackgespräch“ verhandelt wird. Sollten sich solche Gelegenheiten jedoch nicht ergeben, ist es ratsam, dass der Azubi schon einige Zeit vor der Abschlussprüfung entsprechend „nachhakt“. Wann ist die Gelegenheit „gut“? Am Besten wartet er dafür einen ruhigen Moment ab und achtet darauf, dass der Ausbilder nicht unter Zeitdruck steht.

Denn: wie es nach der Abschlussprüfung weitergeht, ist das Recht einen jeden Auszubildenden zu erfahren.

Klarheit ist wichtig – so oder auch, wenn der Betrieb den Azubi nicht übernehmen kann. Wer rechtzeitig informiert ist, kann sich längerfristig um einen neuen Arbeitsplatz kümmern. Hilfreich kann in einem solchen Fall auch ein Arbeitszeugnis sein, zu dessen Ausstellung der Ausbildungsbetrieb sogar verpflichtet ist – von einer wohlwollenden Beurteilung kann i. d. R. ausgegangen werden.

Sollte der Auszubildende allerdings von sich aus nicht an einer Weiterbeschäftigung im Ausbildungsbetrieb interessiert sein, ist es auch nur „fair“, dies rechtzeitig mitzuteilen. Schwierig könnte dabei der „richtige“ Zeitpunkt sein: ein zu frühes Ankündigen könnte evtl. dem Arbeitsklima nicht dienlich sein.

### Rechtzeitige Klärung

Fast genauso wichtig wie die Übernahmeklärung ist dann anschließend die Frage nach dem künftigen Verdienst. Nicht dass das Gleiche passiert wie bei Beate Ziegler: Der neue Arbeitsvertrag wurde erst einen Tag vor Antritt der neuen Stelle unterschrieben, so dass sie praktisch keine Gelegenheit hatte, über das Gehalt zu verhandeln – sie musste das ihr angebotene Gehalt annehmen. ■

wollte sie unbedingt in seinem Team haben.

Aber: auch wer von Anfang an einen guten Job macht, hat nicht unbedingt eine Übernahmegarantie. Zu oft spielt die wirtschaftliche Lage des Ausbildungsbetriebes eine Rolle, ob ein Auszubildender übernommen wird. Ist in größeren Betrieben oft in der Wunschabteilung gerade keine Stelle frei, sollte sich der Azubi frühzeitig nach Chancen in anderen Abteilungen erkundigen. So besteht die Möglichkeit, sich für die Aufgaben dort zu qualifizieren oder dem Arbeitgeber zu signalisieren, dass sich der Azubi über seine Zukunft Gedanken gemacht hat.

### Einen ruhigen Moment abwarten und freundlich nachhaken

Was heißt „frühzeitiges Kümmern“? Da es keine gesetzlichen Regelungen gibt, in welchem Zeitraum diese Gespräche stattfinden müssen, zeigt die Erfahrung, dass etwa ein halbes Jahr vor Ende der Ausbildung ein guter Zeitpunkt ist, das Thema Übernahme anzusprechen. Ob das Gespräch „förmlich“ ablaufen soll oder nicht, ist auch davon abhängig in welcher Branche der Betrieb arbeitet. So kann es im Handwerk schon vorkommen, dass sich ein „guter“ Moment er-

## Unterricht praktisch – Schon sechs Monate vor Ausbildungsende das Gespräch suchen:

# Die Übernahme aktiv angehen

MARTIN RUF

Beate Ziegler hatte Glück und Erfolg. Nach bestandener Abschlussprüfung zur Industriekauffrau wurde sie von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen.

Dass sie Glück mit der Übernahme hatte, ergab sich eher zufällig. Als sie sich nach einem Berufsschulblock bei ihrem Chef erkundigen wollte, in welche Abteilung sie als nächstes versetzt wird, teilte er ihr „auf dem Gang“ mit, dass sie nach bestandener Prüfung in die Marketingabteilung übernommen wird. Beate Ziegler musste nur ihre Zusage geben.

Nicht immer stellt sich die Situation für die Auszubildenden so einfach dar. Sie sollten deshalb das Thema Übernahme schon rund ein halbes Jahr vor Ausbildungsende angehen.

### Verhalten und Engagement

Schon zu Beginn der Ausbildung ist es wichtig, die Ausbilder durch das eigene Verhalten und Engagement sowie mit dem Kundenumgang zu überzeugen. Wichtig dabei ist Kontinuität – nicht nur im Betrieb sondern auch in der Berufsschule: Es lohnt sich „reinzuhängen“ wie das Beispiel Beate Ziegler zeigt – der Abteilungsleiter Marketing

## Europa-Berufsschule Weiden richtet Beschulungsmodell „Kooperative Wirtschaftsklasse“ ein:

# Abschluss mit Anschluss

ROBERT TIETZ

Für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis gibt es mittlerweile eine Reihe von Vorbereitungsmaßnahmen, die aber leider oft nur „Warteschleifen“ für unsere Jugendlichen darstellen.

In Zusammenarbeit mit der Pestalozzischule (Hauptschule) Weiden konnte an der Europa-Berufsschule Weiden erstmals eine 2-jährige kooperative Wirtschaftsklasse eingerichtet werden, die 18 Schülerinnen und Schüler besuchen.

Das Beschulungsmodell richtet sich an Jugendliche, die im kaufmännischen Bereich keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und deshalb zunächst freiwillig das 9. Hauptschuljahr wiederholen wollten, um den Quali nachzuholen.

Das Modell der 2-jährigen kooperativen Wirtschaftsklasse verbindet nun das allgemeinbildende Nachqualifizierungsbedürfnis (Quali) dieser Jugend-

lichen mit einer beruflichen (Vor-)Qualifikation in den Berufen Kaufmann im Einzelhandel bzw. Groß- und Außenhandel.

Die Jugendlichen werden zwei Tage pro Woche in der Berufsschule Weiden in den Lernfeldern Einzelhandelsprozesse, Groß- und Außenhandelsprozesse, Betriebs- und Gesamtwirtschaftliche Prozesse, Kaufmännische Steuerung und Kontrolle, Kundenorientiertes Verkaufen, Fachenglisch und den allgemeinbildenden Fächern von den Lehrkräften der Europa-Berufsschule unterrichtet (siehe Stundentafel der Europa Berufsschule).

An zwei weiteren Tagen werden die Schüler von einer Lehrkraft der Pestalozzi-Hauptschule v.a. speziell in den für die Quali-Prüfung relevanten Fächern beschult (siehe Stundentafel der Pestalozzi-Hauptschule). Darüber hinaus absolvieren alle Schüler bei unter-

schiedlichen Firmen wöchentlich jeden Mittwoch ein Praktikum (alternativ: geblocktes Praktikum im gleichen Stundenumfang).

Die Vorteile dieses Modells sind vielfältig. Neben der Möglichkeit, nach zwei Jahren den qualifizierenden Hauptschulabschluss zu erwerben, erhalten die Jugendlichen – in Abstimmung mit der IHK Regensburg – die Berechtigung zur Teilnahme an der Zwischenprüfung Kaufmann/-frau im Einzelhandel bzw. Groß- und Außenhandel. Auch die Anerkennung der zwei Jahre als Ausbildungszeit eröffnet im Anschluss die Chance, eine um zwei Jahre verkürzte, 1-jährige duale Ausbildung zum Kaufmann/-frau im Einzelhandel bzw. Groß- und Außenhandel zu durchlaufen. Einblicke in die angestrebten Berufe erhalten die Schüler durch das begleitende Betriebspraktikum, welches zugleich die Aussichten auf eine 1-jährige Anschlussausbildung erhöht.

Bei der „Kooperativen Wirtschaftsklasse“ können die Jugendlichen in drei Jahren – also ohne Zeitverlust – ihren Quali nachholen und mit einer realistischen Chance eine abgeschlossene Berufsausbildung (und im Idealfall bei entsprechenden Leistungen den Mittleren Schulabschluss der BS) erwerben.

### Anerkennung durch Kultusminister Schneider

Dieses Modell soll Schule machen. Dafür steht auch Kultusminister Siegfried Schneider, der am 31.1.2008 die Kooperative Wirtschaftsklasse an der Europa-Berufsschule Weiden besuchte. Besonders lobenswert, so Schneider sei, dass die Idee „von unten“ kam, von den Schulen.

Minister Schneider räumte ein, dass es Widerstände zu überwinden galt. „Aber wir müssen lernen, Innovationen und Ideen aufzunehmen, die aus der Praxis kommen. Wir müssen loslassen und zulassen, damit Kreativität und Einsatz vor Ort für die jungen Menschen blühen können.“ Dieses Modell besteht dadurch, dass nicht nur Berufs- und Hauptschule, sondern auch Wirtschaft und IHK im Boot sitzen. „Ich wünsche mir, dass dieses Modell nicht auf Weiden beschränkt bleibt.“ ■

Stundentafel (Europa-Berufsschule Weiden)	1. Jahr	2. Jahr
Kaufmann/-frau im Einzelhandel		
Englisch	1	1
Kundenorientiertes Verkaufen	3	2
Einzelhandelsprozesse	4	4
Kaufmännische Steuerung und Kontrolle	2	2
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel		
Englisch	s.o.	s.o.
Kaufmännische Steuerung und Kontrolle	s.o.	s.o.
Groß- und Außenhandelsprozesse	3	4
Betriebs- und gesamtwirtschaftliche Prozesse	2	2
Allgemein bildender Unterricht		
Deutsch	1	1
Sozialkunde	1	1
Religion	1	1
<b>Gesamtstundenzahl (Berufsschule)</b>	<b>18</b>	<b>18</b>

Stundentafel (Pestalozzi-Hauptschule)	1. Jahr	2. Jahr
Mathematik	5	5
Deutsch	4	4
Religion	1	1
Englisch	3	3
Förderunterricht	2	2
<b>Gesamtstundenzahl (Hauptschule)</b>	<b>15</b>	<b>15</b>



**Unterricht innovativ:**

## Ein Wettbewerb für kreative und engagierte Lehrkräfte

DIETMAR LEISCHNER

Bekannt ist, dass eine große Variationsbreite zur Gestaltung des Unterrichts besteht und es zahlreiche Lehrkräfte gibt, die engagiert und ideenreich unterrichten. Zu selten wird dies in der Öffentlichkeit bekannt; oder es bleibt ein innovativer Unterricht regional begrenzt bzw. wirkt selten in die Breite. Die Stiftung Industrieforschung, der Deutsche Philologenverband (DPHV) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schreiben jedes Jahr gemeinsam den Wettbewerb „Unterricht innovativ“ für alle Schulen der Sekundarstufe aus. Besonders interessant und lohnenswert ist dieser Wettbewerb für die beruflichen Schulen, weil viele Lehrkräfte und Klassen bereits an Projekten arbeiten.

Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Senator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, hob in seinem Festvortrag anlässlich der Preisverleihung des Lehrerwettbewerbs 2007 hervor, dass es im Hinblick auf die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen (Globalisierung, technischer Fortschritt, wirtschaftlicher Strukturwandel u.ä.), mehr in die Bildung investiert werden müsse. Notwendige Veränderungen in der Schule in Form von fächerübergreifendem Unterricht, Teamarbeit, innovativem Unterricht, Berufsbezogenheit u.a.m. müssen bei der zukünftigen Lehrerbildung beachtet werden. So forderte er

- > eine Neustrukturierung der Lehrerbildung mit einer engen Verzahnung und Abstimmung der ersten und zweiten Ausbildungsphase;
- > Standards für Lehrerbildung und Weiterbildung;
- > Anstrengungen zur Weiterentwicklung des Unterrichts;
- > Etablierung eines Bildungssystems, das selbstgesteuertes Lernen und individuelle Kompetenzentwicklung fördert;
- > Qualitätsstandards und Qualitätssicherungsprozesse;

- > Freiheiten für Lehrerinnen und Lehrer;
- > Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung des Lehrermages;
- > Strukturierung einer dienstleistungsorientierten Schulverwaltung, die die Schulen in ihren Bemühungen unterstützt und nicht gängelt.

Der öffentliche Stellenwert von Bildung und die Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte seien ganz entscheidend für die Zukunft Deutschlands.

### Innovativer Unterricht erfüllt folgende sieben Merkmale.

Je stärker einzelne Merkmale ausgeprägt sind, umso günstiger ist dies für den Erfolg im Wettbewerb.

1. Es werden Methoden, über den 'fragend entwickelnden Unterricht' hinaus, angewendet, die z.B. Motivation, Eigentätigkeit und Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler steigern.
2. Auch deren Teamfähigkeit und Verantwortung für die Klasse / Gruppe werden durch diese Methoden gefördert.
3. Der Unterricht geht von Fragen und Interessen der Lernenden aus; er bezieht sich z.B. auf deren Alltag bzw. auf die Berufs- und Arbeitswelt.
4. Der Unterricht führt zum Lernfortschritt, der erfasst wird; nachhaltiges Lernen wird angestrebt.
5. Der Unterricht ist fachwissenschaftlich und schulpädagogisch fundiert; das Konzept passt zum Lehrplan und ist auf andere Schulen übertragbar.
6. Innovativer Unterricht verbindet Fächer bzw. Themen und schlägt eine Brücke zwischen den Denkweisen und Stoffgebieten der verschiedenen Fächer.
7. Der Unterricht ist so angelegt, dass bei seiner Erstellung und Durchführung Teamarbeit der Lehrkräfte gut möglich ist.

### Preise – was gibt es zu gewinnen?

Die Preisgelder belaufen sich auf insgesamt 18.500 Euro. Diese werden wie folgt an die Preisträger verteilt:

1. Preis: 5.000,- Euro
2. Preis: 3.000,- Euro
3. Preis: 2.000,- Euro

Daneben gibt es für 2008 fünf Sonderpreise, da die Veranstalter wieder mit einer großen Spitzengruppe rechnen. Darunter ist ein Sonderpreis für junge Lehrkräfte und neuerdings ein Sonderpreis Fußball.

### Anmeldung

Bitte melden Sie sich spätestens bis zum 8. April 2008 über das Internet unter [www.unterricht-innovativ.de](http://www.unterricht-innovativ.de) an.

Jede elektronische Anmeldung wird geprüft, mit der Antwort erhalten Sie die Zulassung zum Wettbewerb.

### Termine

Anmeldeschluss ist der 8. April 2008. Einreichungsfrist für die ausführlichen und vollständigen Bewerbungsunterlagen ist der 20. Juni 2008.

Die Preisverleihung ist im November 2008. Die ausgezeichneten Lehrkräfte werden zur Preisverleihung nach Berlin eingeladen. In einem festlichen Rahmen präsentieren die Gewinner Ihre Unterrichtsidee vor großem Publikum.

### Projektbetreuung von „Unterricht innovativ“

Der Wettbewerb wird zentral betreut. Alle erforderlichen Unterlagen erhalten Sie bei „Unterricht innovativ“, c/o Deutscher Philologenverband, Frau Katja Eder, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Tel.: 030/40816783, Fax: 030/40816786, E-Mail: [info@unterricht-innovativ.de](mailto:info@unterricht-innovativ.de) Web: [www.unterricht-innovativ.de](http://www.unterricht-innovativ.de) Der Info-Prospekt ist auch bei der VLB-Geschäftsstelle erhältlich. ■

## Bildungssysteme der osteuropäischen Länder

DIETMAR LEISCHNER

Durch die ständig wachsende Zusammenarbeit in der Europäischen Union in wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftspolitischen Bereichen sind verstärkt auch viele Fragen nach Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten festzustellen. Die Öffnung der Grenzen führte auch dazu, dass zahlreiche Bürger aus den osteuropäischen Ländern in Deutschland arbeiten. Die zunehmende Globalisierung und der Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten in die EU fordern mehr Information. In zwangloser Folge werden in den nächsten Ausgaben von „VLB akzente“ die Bildungssysteme der osteuropäischen Länder dargestellt. Das Bildungssystem von Ungarn ist in Heft 7, 2005 nachzulesen.

### Das Bildungssystem von Estland

Seit 1988 unterliegt das estländische Bildungssystem mehrfachen inhaltlichen, strukturellen und verwaltungstechnischen Veränderungen. 1992 wurde ein neues Bildungsgesetz verabschiedet; und 1996 wurden für die Klassen 1 bis 12 neue Lehrpläne eingeführt.

Der Unterricht soll durch mehr Wahlunterricht und Eigenverantwortung der Schüler auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Schülern und Lehrkräften ausgerichtet werden. Mit dem Schuljahr 2007/2008 ist Estnisch als Unterrichtssprache in allen Schulen vorgeschrieben.

### Die Schulpflicht

Nach dem freiwilligen Besuch des Kindergartens bzw. der Vorschule (in öffentlicher oder privater Trägerschaft) beginnt die Schulpflicht in Estland mit Vollendung des 7. Lebensjahres und dauert bis zum Alter von 16 Jahren bzw. bis zum erfolgreichen Abschluss der 9. Klasse.

### Die Basisschule (Pohikool)

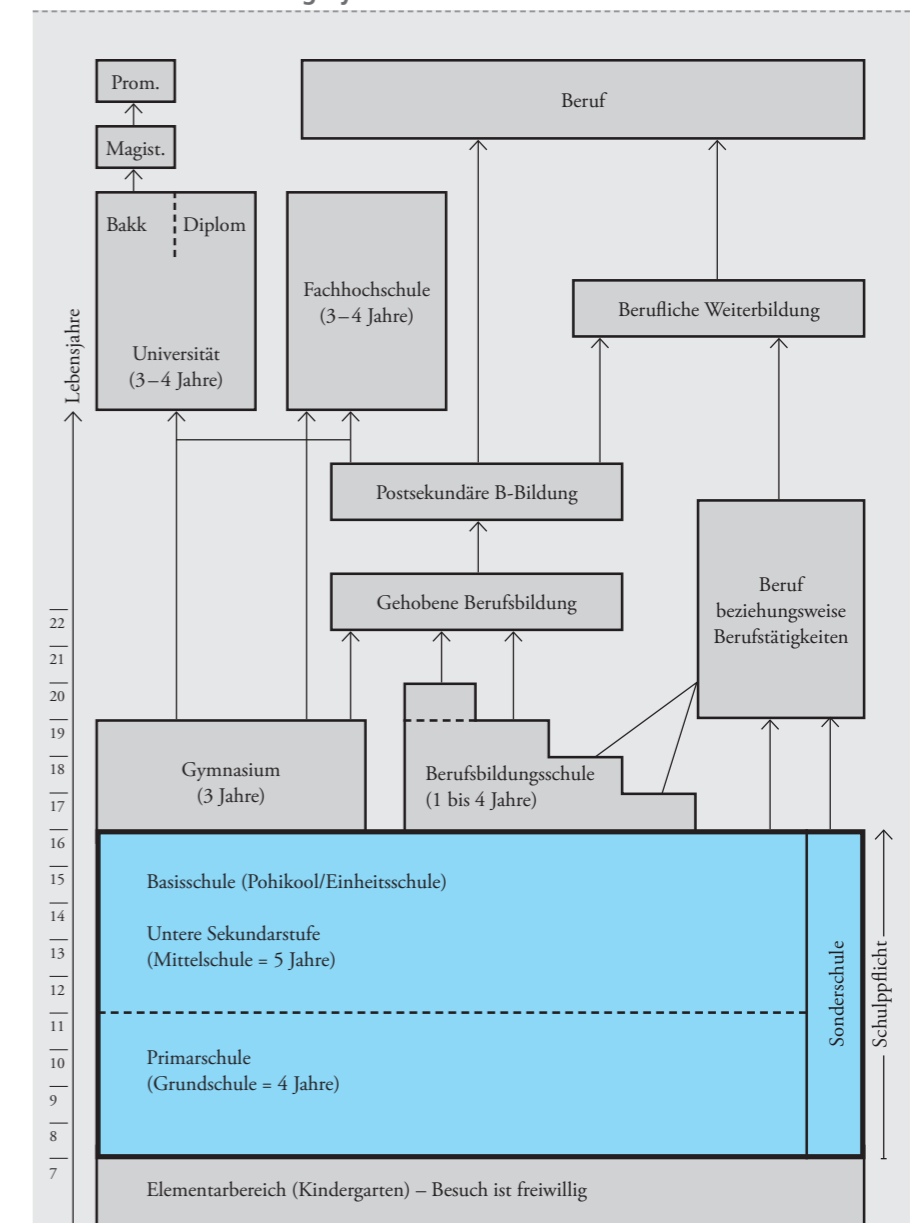
Sie ist gegliedert in eine vierjährige Grundschule (Primarstufe) und eine fünfjährige „Untere Sekundarstufe“ – die

sog. Mittelschule (5. bis 9. Klasse) ohne äußere Differenzierung. Grund- und Mittelschule bilden eine Einheit (Basisschulbereich). Am Ende der 9. Klasse sind drei staatliche Prüfungen (zentral geregelt) abzulegen; danach erhalten die Schüler ein Abschlusszeugnis. Der erfolgreiche Abschluss der Basisschule berechtigt zum Übertritt in die Sekundarstufe II. Dabei können die Schüler ihre Ausbildung an Gymnasien oder an Berufsbildungsschulen fortsetzen.

### Das Gymnasium

Das allgemein bildende Gymnasium dauert drei Jahre. Im Lehrplan sind 75 % des Unterrichtsstoffes vorgeschrieben; 25 % der Themen können die Schüler auswählen. Neben einem zentralen Abschlussexamen müssen die Schüler noch fünf schulinterne Abschlussprüfungen ablegen. Der erfolgreiche Abschluss berechtigt zum Studium an einer Hochschule oder zum Beginn einer „gehobenen Berufsausbildung“.

### Die Struktur des Bildungssystems in Estlands



### Die Berufsausbildung

Eine duale Berufsausbildung in Betrieben und Berufsschule wie in Deutschland gibt es nicht. Mit dem Abschlusszeugnis der Basisschule kann an einer Berufsbildungsschule (Kutseäpeasutused) eine kostenlose berufliche Erstausbildung in ein bis vier Jahren angestrebt werden. Dabei unterscheidet man zwischen zwei Ausbildungsniveaus: *Sekundäre Berufsbildung* für Schüler nach der Basisschule. Sie dauert 3 Jahre und schließt mit einem Zertifikat ab. Damit kann die gehobene Berufsbildung begonnen werden. *Gehobene Berufsbildung* für Schüler mit Sekundärabschluss. Die Ausbildung dauert nur ein bis zwei Jahre und wird mit einem Zertifikat der Gehobenen Berufsbildung abgeschlossen.

### Postsekundäre Berufsschulen

Von den Postsekundären Berufsschulen werden weitere berufliche Qualifikationen angeboten. Es besteht nach Abschluss die Möglichkeit der Weiterbildung und des Studiums an Fachhochschulen und Universitäten.

### Hochschulbereich

An den staatlichen und privaten Fachhochschulen und Universitäten wird der Umfang der Studien jedes Einzelnen in einem „Credit Point System“ registriert. An den Fachhochschulen, die stärker berufsorientiert sind, wird ein Hochschuldiplom erworben; ein akademischer Grad (Magister und Promotion) kann nur an einer Universität erworben werden. Zum Studium (3 bis 4 Jahre) an einer Hochschule oder Universität werden zugelassen:

- > Schüler mit einem Abschlusszeugnis des Gymnasiums (Sekundarstufe II)
- > Schüler mit dem Nachweis über eine staatliche Prüfung an einer Berufsschule, die der allgemeinen höheren Sekundarbildung entspricht
- > Schüler mit dem Nachweis eines postsekundären technischen Ausbildungsgangs (über fünf Jahre nach Abschluss der Basisschule).

Adressen: Estnische Botschaft,  
Hildebrandstraße 5, 10785 Berlin,  
Tel. 030/254606-00, Fax 030/254606-01  
Deutsches Kulturinstitut Tallinn,  
Suurtüki 48, 10133 Tallinn,  
Tel. 0372/6276960, Fax 0372/6276962

### Open-Source-Software im Schuleinsatz:

## Linux Server mit 2730 User-Accounts

WINFRIED SCHIFFELHOLZ

Der Bundesrechnungshof sprach sich in seinem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 2007 ([www.bundesrechnungshof.de/veroeffentlichungen](http://www.bundesrechnungshof.de/veroeffentlichungen)) für den verstärkten Einsatz von Open-Source-Software wie Linux aus, um die öffentlichen Haushaltskassen zu schonen. An der Ludwig-Bölkow-Berufsschule in Donauwörth wurde zu Beginn des Schuljahres ein Suse-Linux-Enterprise-Server als Schüler-server in Betrieb genommen.

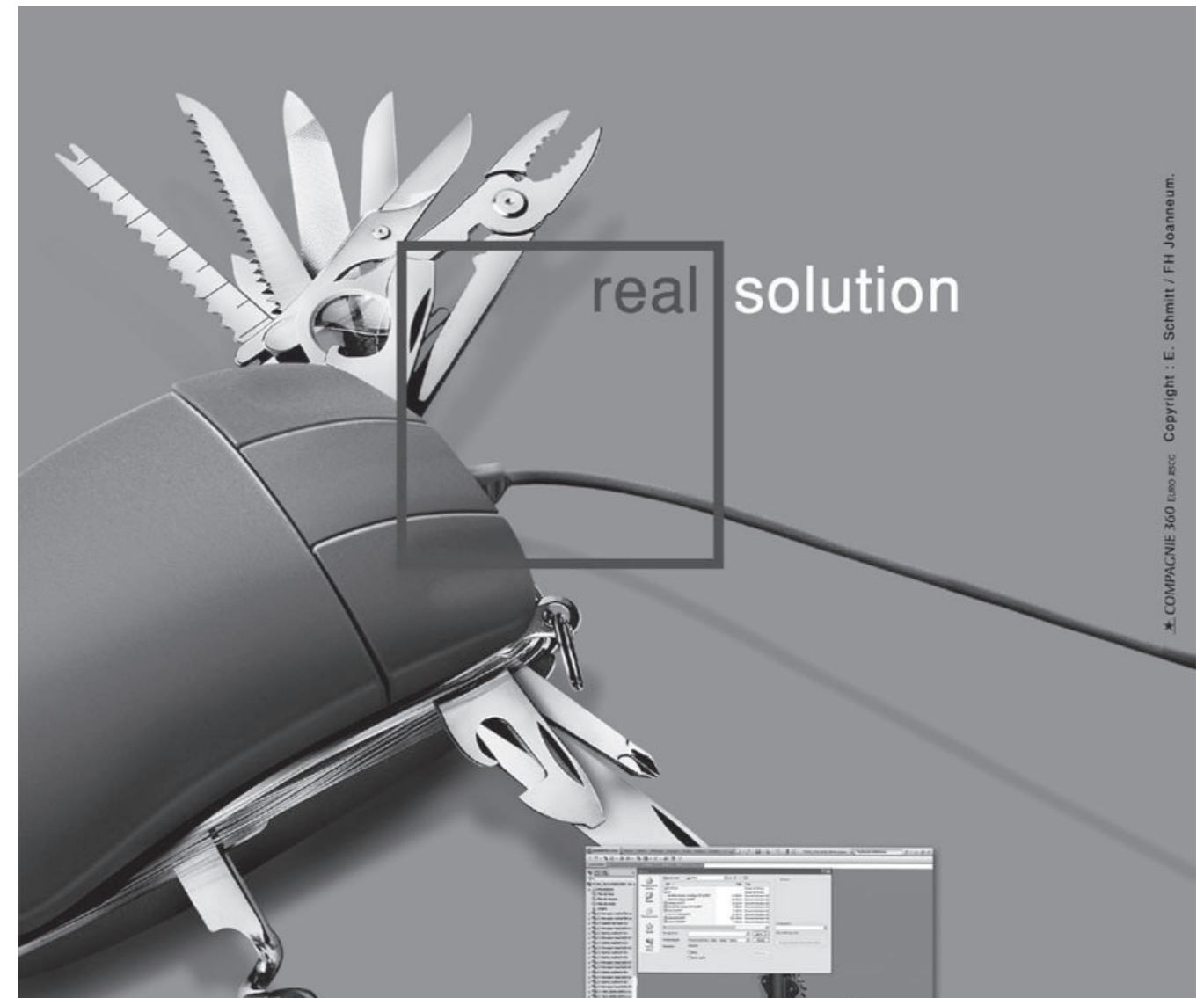
Auf dem Server wurden bis jetzt nach und nach für die einzelnen Berufsgruppen unterschiedliche berufsspezifische Programme aufgesetzt. Für die Metallabteilung wurde die Software von Festo angeschafft und auf dem Server installiert. Sie läuft auf dem Linux-Server mit der entsprechenden Key-Verwaltung für den Programmaufruf hervorragend. Weitere Software wird in den folgenden Wochen und Monaten auf dem Linux-Server für die unterschiedlichen Berufsgruppen zur Verfügung gestellt.

Wie ein Artikel im Handelsblatt beschreibt, der zeitgleich mit der Einführung des Linux-Servers an der Ludwig-Bölkow Berufsschule erschien, wurde im Jahr 2007 umfassend Linux an deutschen Botschaften eingeführt. Dabei arbeiten über 100 Mitarbeiter für die deutschen Botschaften an der Einführung von Linux. Dieses Arbeitskräftepotential steht unser Schule bei weitem nicht einmal annähernd für 133 PC's und 4 Server zur Verfügung. Deshalb ist es für die Systembetreuer Roland Seel und Hans-Jürgen Gabler mit drei Verfügungsstunden unerlässlich, die notwendigen Arbeiten an über 129 Workstations und an den Servern und der Systemverwaltung gering zu halten. Bei dem Suse-Linux-Server für Schüler unterstützen Pearl-Skripte die Verwaltung des neuen Linux Servers bei immer wiederkehrenden Arbeiten, wie das Anlegen von Benutzern oder das Löschen der Schülerverzeichnisse am Schuljahresende. Der Aufruf der Konsole, ein Wechsel in ein Verzeichnis, die Eingabe des Skriptnamens mit zusätzlichen Bezeichnungen und die Dateien und Verzeichnisse für sämtliche 2000 Schüler-Home-Verzeichnisse werden gelöscht und die Verzeichnisse stehen für das neue Schuljahr wieder ohne irgendwelche Daten zur Verfügung.

Zu erwähnen ist, dass außerdem bereits vor Jahren vorausschauend kostengünstig ein Linux Server Suse 10 und ein Debian Linux Server einschließlich DMZ mit den Diensten als Gateway-, NAT-, DHCP-, Web-, Proxy- und Mailserver eingeführt wurden und seitdem souverän ihre Dienste unter kostenloser Open-Source-Software zur Verfügung stellen. Somit erfüllt die Schule die Anforderungen des Bundesrechnungshofes hervorragend. Tatkräftige, fachkundige und kompetente Unterstützung beim Aufsetzen der Linux Server und der Wartung für die Linux-Server erhalten unsere Systembetreuer dankenswerterweise jederzeit von einem externen Dienstleister. Die Schule wird weiterhin den Ausbau von Open-Source-Software prüfen und bei sinnvollen und kostengünstigen Möglichkeiten zum Wohle der öffentlichen Haushaltskassen vorantreiben.



Von links: Winfried Schiffelholz (Schulleiter), Hans-Jürgen Gabler (Systembetreuer) und Roland Seel (Systembetreuer). Im Hintergrund zu sehen ist das Towergehäuse der Server.



### Die Komplettlösung für die Ausbildung

SolidWorks bietet Lehrern, Schülern und Studenten eine komplette, leicht zu erlernende Softwarelösung für die Konstruktionslehre – vom Einsteiger bis zum Fortgeschrittenen. SolidWorks ist genau die 3D-CAD-Software, die auch Konstruktionsprofis und Ingenieure in aller Welt einsetzen. Know-how für Konstruktion, Physik und Maschinenbau, umfangreiches Lehrmaterial, eine kostenlose Lizenz für Hausarbeiten und ein Zertifizierungsprogramm – das ist SolidWorks für die Ausbildung.

Weitere Vorteile zu SolidWorks in der Ausbildung sehen Sie unter [www.solidworks.de/lehrkraefte](http://www.solidworks.de/lehrkraefte) oder rufen Sie uns an unter +49-(0)89-612-956-0.

SolidWorks Education  
Lernen. Gestalten. Erfolg haben





## Landesverband

## Aktuelles aus dem GV

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*  
manchmal kann man über Entscheidungen von Gerichten nur den Kopf schütteln. Ein aktuelles Beispiel ist das Gerichtsurteil zu spickmich.de (siehe auch Seite 14).

## spickmich.de geht unter die Gürtellinie

Die freie Meinungsäußerung ist ein hohes Rechtsgut, vollkommen unbestritten. Die Frage ist aber wohl berechtigt, ob es sich Lehrkräfte gefallen lassen müssen, in aller Öffentlichkeit verunglimpft zu werden. Wenn es nach der aktuellen Rechtssprechung geht, müssen wir die Frage leider mit JA beantworten. Zurzeit ist der Rechtsstreit in der zweiten Runde, das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss nicht vor.

Natürlich hat sich der GV intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und lehnt spickmich.de ab. Die Gründe brauchen wir nicht in aller Ausführlichkeit darlegen, sie liegen auf der Hand. Tatsache ist aber auch, dass wir juristisch praktisch keine Möglichkeiten mehr haben, wenn die zweite Runde auch wieder an spickmich.de gehen sollte.

Die Juristen und die Politik lassen uns im Regen stehen. Gleichzeitig wundern sie sich aber, wenn von Jugendlichen immer weniger Respekt und Höflichkeit gegenüber Erwachsenen und auch Gleichaltrigen gezeigt werden. Ein Ansatz ist natürlich, sich als Kollege/Kollegin individuell mit seinen Schülern auseinander zu setzen und ihnen im Klassenverband die Möglichkeit zur Meinungsäußerung zu geben, auch wenn sie unter Umständen unqualifiziert, übertrieben, unangemessen und unsachlich ist. Dabei ist nicht wirklich entscheidend, ob die Schüler die Kompetenz haben, eine Lehrkraft zu beurteilen. Die meisten werden sie wahrscheinlich nicht haben, manche Klassen aber vielleicht doch. Das hängt vom Alter, von der Vorbildung, von der Reife und ... ab. Man kann spickmich.de

auch definieren als einen durch Verzweiflung getragenen und dann doch zweifellos destruktiven Versuch, Ereignisse aus dem Klassenraum nach außen zu tragen. Eine pauschal richtige und damit eindimensionale Antwort wird es darauf nicht geben. Es ist aber allemal besser und sicherlich auch konstruktiver sowie zielführender, Streitigkeiten „innerhalb der Familie“ als in aller Öffentlichkeit auszutragen.

Die erfolgversprechende Strategie auf das Phänomen spickmich.de zu reagieren ist deshalb aus der Sicht des GV nicht aus der Defensive zu agieren, sondern im Rahmen der Schulentwicklung damit offen und transparent umzugehen. Die ehrliche und offene Auseinandersetzung mit berechtigter oder auch unberechtigter Kritik durch die Schüler lässt spickmich.de über kurz oder lang in die Leere laufen, davon sind wir überzeugt.

## Betreuungslehrkräfte müssen entlastet werden

Hand aufs Herz liebe Kolleginnen und Kollegen: Wissen Sie eigentlich, welche Vielzahl an Aufgaben ein Betreuungslehrer an der Einsatzschule in der Zusammenarbeit mit den Referendaren auf die Reihe bekommen muss?

Da kommt eine ganze Menge zusammen! Im Detail sind die Aufgaben geregelt in der Zulassungs- und Ausbildungsordnung (§ 17 ZALB) und den Anweisungen zum Vorbereitungsdienst und zur zweiten Staatsprüfung (LPO II) für das Lehramt an beruflichen Schulen (u. a. 21.1 ALBS).

Der Betreuungslehrer hat u.a. folgende Aufgaben:

- > berät den Schulleiter bei der Organisation des Unterrichtseinsatzes des Studienreferendars
- > ermöglicht dem Referendar Hörstunden und Hospitationen
- > berät den Referendar bei der Vorbereitung und Durchführung seines Unterrichts und überwacht den Unterrichtseinsatz durch regelmäßige Unterrichtsbesuche und Nachbesprechungen

- > er macht den Referendar mit den Einrichtungen der Schule vertraut, führt ihn in die Verwaltungsaufgaben der Schule ein, bietet ihm die Gelegenheit, an allen schulischen Veranstaltungen teilzunehmen und derartige Veranstaltungen selbst vorzubereiten und durchzuführen
- > er ist an der Durchführung der Prüfungen nach LPO II beteiligt
- > über seine Betreuer Tätigkeit führt er schriftliche Aufzeichnungen.

Bisher werden diese Aufgaben zusätzlich zum „normalen“ Geschäft bewältigt, ohne zeitliche Entlastung für die Betreuungslehrkräfte.

Aus der Sicht des GV muss sich das ändern. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, die Kolleginnen und Kollegen zeitlich angemessen zu entlasten. Die Schulen sind angewiesen auf optimal ausgebildete Referendare, weil sie unmittelbar nach ihrer Ausbildung an den Schulen sofort Verantwortung übernehmen müssen.

## Persönliche Daten aktualisieren

Immer wieder kommt es bei der Arbeit unserer Geschäftsstelle zu zeitlichen Verzögerungen oder auch zu vermeidbaren Kosten, weil es Kolleginnen und Kollegen „im Eifer des Gefechts“ vergessen, dem Verband Änderungen bei ihren persönlichen Daten der Geschäftsstelle zu melden. Dafür haben wir natürlich Verständnis, aber Sie wissen doch: Wir wollen Ihnen möglichst immer einen optimalen Service bieten. Dazu benötigen wir aber aktuelle Daten.

Im Namen von Frau Götzke und Herrn Kohn darf ich Sie deshalb bitten, uns telefonisch (089/595270) oder per E-mail [goetzke@vlb-bayern.de](mailto:goetzke@vlb-bayern.de) über Veränderungen Ihrer persönlichen Daten zeitnah zu informieren, wie zum Beispiel *Heimadresse, Telefon, Fax, E-Mail, Bankverbindung, Amtsbezeichnung, Schuladresse, Beginn der Altersteilzeit, Versetzung in den Ruhestand*. Wir bedanken uns für Ihre aktive Mithilfe!

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für Ihr Verständnis und Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB!

*Ihr Alexander Liebel*

## Bezirks- und Kreisverbände

## BV Unterfranken

## Leihlehrer sind nicht der große Renner

Das war eines der Ergebnisse des traditionellen Gesprächs zwischen dem Bezirksvorstand des VLB Unterfranken und der Schulabteilung der Regierung von Unterfranken im Dezember 2007.

In bewährter konstruktiver und vertrauensvoller Weise wurden wieder aktuelle Themen angesprochen und diskutiert. Die für die beruflichen Schulen relevanten Inhalte der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten wurden ebenso erörtert wie die ersten Ergebnisse des Pilotprojektes „Vermittlung von Lehrkräften durch Personaldienstleister“ um kurzfristigen Unterrichtsausfall abzudecken. An den beruflichen Schulen in Unterfranken ist die Lehrerversorgung weitgehend gewährleistet, so dass bisher kein Bedarf an der Vermittlung von Leihlehrern besteht.

Erfreulich ist für alle der Rückgang der Jugendlichen ohne Ausbildung von 1739 Schülern im Jahr 2006 auf 1431 Schüler im Jahr 2007. Einig waren sich alle, dass eine weitere Verringerung der Klassenstärken in diesen Klassen erstrebenswert sei und der Bedarf an Sozialpädagogen und Schulpsychologen weit größer ist als die vorhandenen 3 1/2 Planstellen für alle Schularten in Unterfranken.



Die Bezirksvorsitzende Dorothea Helbig mit von rechts LtRSchD Gustav Eirich, AD Franz Portscher, RSchD Jürgen Bux und OstR Matthias Paul von der Schulabteilung bei der Regierung von Unterfranken. Links dahinter ihr Stellvertreter Klaus Wiederer.

Der Schulversuch „Profil 21“, die Hospitation von Fachlehreranwärtern in ihren Heimatschulen und die Entwicklung der Schülerzahlen mit ihren Auswirkungen auf die beruflichen Schulen waren weitere Themen dieses Gesprächs.

Der Bezirksvorstand des VLB Unterfranken und die Schulabteilung der Regierung von Unterfranken sind von der Wichtigkeit dieses Meinungsaustausches überzeugt und vereinbarten für Dezember 2008 wieder einen Gesprächstermin.

*Wolfgang Grünsfelder/Dorothea Helbig*

## BV Mittelfranken

## Schulung der Kontaktkollegen

Die Kontaktkollegen an den beruflichen Schulen nehmen für unseren Verband eine ganz zentrale Position ein. Sie sind erste Anlaufstelle für hilfesuchende Kollegen/innen; sie müssen den Verband im Kollegium vertreten und sind oft auch der Prellbock für Frust und Unmut über die unbefriedigenden Rahmenbedingungen. Sie sind für die Entscheidungsgremien im Verband aber auch wichtige Ratgeber, die ihre Erfahrungen aus dem Schulalltag gebündelt weitergeben um Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.

Zur Unterstützung unserer Kollegen vor Ort veranstaltet der Bezirksverband Mittelfranken regelmäßig Informations- und Schulungsveranstaltungen für diese Personengruppe. Damit dies ohne Zeitdruck und in einer entsprechenden Atmosphäre ablaufen kann, haben wir uns am 26. Januar – einem Samstag – im Landhotel Seerose in Langenzenn-Horbach getroffen. Neben etwa zwanzig Kontaktkollegen nahmen auch Mitglieder des Bezirksvorstandes und unser stellvertretender Landesvorsitzende Alexander Liebel an dieser Veranstaltung teil.

Unser geschäftsführender Vorsitzender und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl nahm sich trotz vieler Termine die Zeit, um uns am Vormittag in einem ausgezeichneten Referat über aktuelle Arbeitsfelder des Verbandes zu unterrichten.

Der Bogen reichte von der Situation in der Geschäftsstelle über die Arbeit an der Neuausgabe des Schematismus, der Situation bei der Lehrerbildung, den Arbeitsbedingungen für Lehrer bis zur anstehenden Dienstrechtsreform.

Wir erfuhren, wie der Geschäftsführende Vorstand durch intensive Zusammenarbeit die Lücke durch den Auslandseinsatz von Hans Käfer überbrückt. Der neue Schematismus wird überwiegend in digitaler Form als CD erscheinen. Daneben wird es aber auch eine gedruckte Form geben. Die Auslieferung soll noch in diesem Schuljahr erfolgen. Lambl zeigte uns anschaulich auf, wie bei den Tarifverhandlungen durch Scheinangebote die Solidarität zwischen aktiven Kollegen und den Pensionisten ausgehebelt werden sollte. Hätte die Verhandlungsdelegation bei den Tarifverhandlungen auf eine Gleichbehandlung von Anwärtern und Ruheständlern verzichtet, wäre für die aktiven Kollegen eventuell ein oder zwei Zehntel mehr drin gewesen. Wie sollten wir aber unseren Pensionisten in die Augen schauen, wenn wir für eine leichte zusätzliche Verbesserung diese verdienten Kollegen/innen mit ihren berechtigten Ansprüchen im Stich lassen würden.

Der Modellversuch „Berufsschule plus“ ermöglicht es guten Berufsschü-





Alexander Liebel erläutert den Kontaktkollegen die aktuelle Verbandspolitik.

lern direkt über die Berufsschule eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Sicher wird es nur eine kleine Gruppe sein, die über drei Jahre – ausbildungsbegleitend – Zusatzangebote in Deutsch, Englisch, Mathematik und Physik besucht und dies am Ende mit einer Prüfung dokumentiert. Allein aus diesem Grund wird dieser Weg sicher keine echte Konkurrenz für die FOS und BOS werden. Dieser Schulversuch zeigt aber auch für die Öffentlichkeit, dass die Berufsschule mehr ist, als nur BVJ und Jungarbeiter.

Nach dem Mittagessen wurden in einer sehr regen Diskussion aktuelle Anliegen aus den einzelnen Schulen besprochen. Alexander Liebel mahnte auch eine gedankliche und inhaltliche Vorbereitung auf den Berufsbildungskongress in Freising an. Davor wird in allen drei Kreisverbänden des Bezirks die Vorkonferenz neu gewählt. Mitstreiter bei der aktiven Arbeit sind immer herzlich willkommen.

Sicher hätten wir diesen Tag auch anders verbringen können. Sicher fordert unser Beruf uns oft bis zum Letzten und erholsame Freizeit wird immer wichtiger. Sicher ist aber auch, dass keiner der Teilnehmer die Investition in Wissen an diesem Tag bereut hat. Wie sagte doch ein Kollege: „Von nichts kommt nichts! Ohne unser Zutun bekommen wir nichts geschenkt!“

Deshalb herzlichen Dank und meine Hochachtung an alle, die mitgemacht haben.

*Horst Lochner*

#### KV-Nürnberg

### Jahresausklang

Wie in den vorherigen Jahren scheint die Jahresabschlussfeier des Kreisverbandes ein besonderes kulturelles und gesellschaftliches Ereignis im Nürnberger Verbandsgeschehen zu sein: mehr als 100 Mitglieder und Gäste – unter ihnen u. a. der stellvertretende VLB-Landesvorsitzende Alexander Liebel und mehrere Bezirksvorstandsmitglieder – haben an den beiden Veranstaltungsteilen teilgenommen.

#### Rundgang mit dem Geschichtenerzähler des Tourismusbüros der Stadt Nürnberg

Am Spätnachmittag des Nikolaustages (6.12.) waren 50 Personen zu einem amüsanten Rundgang durch die weihnachtlich geschmückte und beleuchtete Altstadt rund um die Burg unter der Führung eines Herrn „Geschichtenerzähler“. Eigentlich war uns der Nachtwächter zum Rundgang versprochen, aber der fast 90minütige Spaziergang mit dem Geschichtenerzähler als „Ersatz“ – dies war er ganz und gar nicht – war äußerst spannend und unterhaltend. An markanten Punkten des Burgviertels trug er verschiedene erdachte und teilweise historisch belegbare Geschichten zum Leben und Wirken von Nürnberger Bürgern, Ratsherren, Künstlern und Kaisern, Königinnen, Burggrafen des Mittelalters vor. Dabei berichtete er

bspw. über das Wirken des Hl. Sebald, über Albrecht Dürer, die Entstehung der fingerdicken Nürnberger Bratwürste, des Pfefferkuchens oder des Lebkuchens „Kaiserlein“ usw.. Die Zuhörer ließen sich nicht von starkem Wind und Regenschauern vertreiben und lauschten begeistert dem Redekünstler auf seinem märchenhaften Rundgang.

#### Gemütlicher Teil und Ehrungen

Anschließend ging ein großer Teil der „Mitläufer“ weiter zum nahegelegenen Verbandslokal „Bavariastuben“, wo sie auf weitere 40 Mitglieder trafen, die den begeisternden kulturellen Part nicht mitgemacht hatten, aber den gemütlichen Teil absolvieren wollten. Nach einem gemeinsamen Abendessen folgte der vom Autor und Veranstalter moderierte Ehrungsabend, der von einigen Redebeiträgen des Landesvorstands Alexander Liebel, des Bezirksvorstands Horst Lochner und der komm. Kreisvorsitzenden Elfriede Sulzer-Gscheidl zu landes- und berufspolitischen Themen sowie Veranstaltungen im Bezirk Mittelfranken und im KV Nürnberg ergänzt wurde.

Danach wurden elf „anwesenden“ Mitgliedern (siehe unten) vom weiteren KV-Vorstand Detlef-Lutz Pertek geehrt. Ihnen wurde eine besondere Flasche mit rotem „Bio-Wein“ und eine Urkunde für langjährige Mitgliedschaft im Verband überreicht. Übrigens waren 51 Mitglieder, die zur Ehrung anstanden, persönlich vom Kreisvorstand angeschrieben und eingeladen worden – leider kamen nur die nachstehenden elf Mitglieder, dafür aber sehr viele, die man sonst nicht so oft auf Verbandsveranstaltungen trifft. Danach saß man noch einige Zeit gemütlich plaudernd zusammen – auch das gehört zum Verbandsleben.

#### Mitgliedschaft

Seit 10 Jahren: Maria Richwien;  
seit 20 Jahren: Ulla Boy, Gertud Kloos;  
seit 25 Jahren: Hartmut Garreis,  
Hans Gebhardt, Dr. Manfred Müller;  
seit 30 Jahren: Dr. Evelyn Lacina, Ann-Margret Müller;  
seit 40 Jahren: Dietrich von Heckel,  
Klaus Hauenstein;  
seit 50 Jahren: Wiltrud Schnabel  
*Detlef-Lutz Pertek*

## Fachgruppen

### Fachgruppe Sport

## Bayerische Fußballmeisterschaft der beruflichen Schulen 2008

Der Ball rollt wieder – die Bayerische Fußballmeisterschaft der Lehrermannschaften an beruflichen Schulen steht bevor. Die 24. Auflage der Meisterschaft wird mit dem gleichen Modus wie im letzten Jahr ausgetragen. Es wird auf dem Großfeld gespielt, für eine Umstellung auf ein Kleinfeldturnier gab es kaum Resonanz. Die Meldungen erfolgen direkt auf bayerischer Ebene – unter Berücksichtigung der regionalen Verteilung werden die Paarungen der Ausscheidungsspiele zusammengestellt.

Anfragen und Meldungen richten Sie bitte an: Rudi Tauber, Klara-Oppenhimer-Schule Würzburg,  
Telefon privat: 0931/886828,  
Fax: 0931/8802308,  
E-mail: tauber-wue@t-online.de  
Meldeschluss: Mittwoch, 10. April 2008

### Hinweis/Aufruf

Für die Meisterschaft 2007 – Ingolstadt wurde erneut Meister und darf sich nun mit dem Titel „alleiniger Rekordmeister“ schmücken – meldeten sechs Mannschaften. Dies war gegenüber den Vorjahren eine beachtliche Steigerung, die hoffentlich anhält.

In den Großstädten hat die Bildung von Spielgemeinschaften aus verschiedenen beruflichen Schulen inzwischen schon eine lange Tradition. Es spricht nichts dagegen, auch im Flächenbereich städte-/gemeindeübergreifend Spielgemeinschaften zu bilden und somit die Mannschaften auf eine breitere Basis zu stellen! Weiden als Weiden/... müsste nach zwei verletzungsbedingten Ausfällen seine Meldung nicht zurückziehen und der Altmeister Altötting könnte als Altötting/... wieder antreten und einen Südklassiker mit dem Gegner Ingolstadt spielen.

Aber natürlich gilt auch hier wie im richtigen Leben: mindestens ein Kollege muss die Initiative ergreifen und die Organisation übernehmen. *Rudi Tauber*

### FG Religion

## Dank und Abschied

*Liebe Kolleginnen und Kollegen an den Beruflichen Schulen,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

zum 18. Februar 2008 hat mir Staatsminister Schneider die Leitung des Referats Öffentlichkeitsarbeit im Bayerischen Kultusministerium übertragen. Bereits nach zwei Jahren muss ich daher die mir sehr lieb gewordene Funktion als Leiter der Abteilung II im Schulreferat der Erzdiözese München und Freising wieder verlassen. So groß die Ehre der Berufung durch den Kultusminister und die spezielle Herausforderung dieser Funktion ist, so sehr schmerzt es mich, diese schöne Stelle im Schulreferat nach so kurzer Zeit wieder aufgeben zu müssen. Von Anfang an habe ich durch Prälat Pfanzelt als meinen Chef, durch die Kolleginnen und Kollegen im Referat, aber auch quer durch alle Referate im Ordinariat, besonders aber auch durch Sie, liebe Religionslehrerinnen und Religionslehrer, Offenheit, einen Vorschuss an Vertrauen und Wertschätzung erfahren, die mir eine unerlässliche Hilfe und Unterstützung in diesem vielfältigen Aufgabenbereich waren. Hierfür möchte ich allen ein ganz herzliches „Vergelt's Gott“ sagen.

Im Zentrum meiner Tätigkeit standen Begegnung und Dialog. Ob es um Orientierungsgespräche mit Lehramtsstudierenden ging, ob Beratungen anlässlich von Unterrichtsbesuchen im Rahmen der Dienstlichen Beurteilung anstanden, oder ob es zahllose individuelle Kontakte in nicht selten schwierigen persönlichen oder dienstlichen Lebenssituationen waren – dies empfand ich als die zentrale Aufgabe meines Dienstes: Ein offenes



Ohr zu haben und wo es geht, helfen und unterstützen zu können. Wo mir dies aus persönlicher Schwäche nicht gelungen ist, bitte ich von Herzen um Nachsicht.

Ein zweiter Schwerpunkt bildeten Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Religionsunterrichts an Realschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen: Eine Reihe von Fachschaftsbesuchen, Konferenzen und Gesprächen mit allen Ebenen der Schulaufsicht sowie den Verbänden diente einer noch engmaschigeren Knüpfung eines Netzwerks, das für die nachhaltige Legitimation des schulischen Religionsunterrichts in der offenen Gesellschaft unerlässlich ist.

Insbesondere der für mich empörend hohe Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen von rund 20% führte zu einer Reihe öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen, die in einer prominent besetzten Fachtagung mit 150 Teilnehmern am 7. Juli 2007 gipfelte: „Ausbildung oder Menschenbildung: Wollen wir noch Religionsunterricht an beruflichen Schulen?“ Diese Veranstaltung war für mich ein Höhepunkt in meiner zweijährigen Tätigkeit. Im sympathischen und professionellen Zusammenwirken mit Dr. Michael Persie von der Fachgruppe Religionslehre des VLB sowie mit Dr. Herget als wissenschaftlichen Referenten im Religionspädagogischen Zentrum in Bayern, aber auch mit unzähligen weiteren Kolleginnen und Kollegen, die mitgeholfen haben, ist der Religionsunterricht an beruflichen Schulen nun sehr weit oben auf der Agenda der Bildungspolitik und interessierter Öffentlichkeit. Ich möchte alle Religionslehrkräfte in Ba-



gern ermuntern und unterstützen: Treten Sie selbstbewusst und nachhaltig für Ihr wichtiges Fach ein! Seien Sie offen und ehrlich in einer ungeschönten Analyse der Situation und selbstbewusst in Ihren Forderungen! Mobilisieren Sie weiterhin die Kolleginnen und Kollegen durch öffentlichkeitswirksame Aktionen!

Brücken bauen war eines meiner Hauptanliegen im Dialog mit Lehramtsstudierenden, mit Ihnen als Kolleginnen und Kollegen sowie mit zahlreichen Repräsentanten von Schulaufsicht, Verbänden und weiteren Einrichtungen. Brücken bauen wird auch meine Aufgabe in der neuen Tätigkeit sein. Schon vom Begriff her hat Öffentlichkeitsarbeit mit Offenheit zu tun. Nur im kritisch-konstruktiven Dialog zwischen Lehrkräften, Eltern und Schülern einerseits und der Ministerium andererseits sind die besten Lösungen möglich. Meinen Teil dazu beitragen, dass der Dialog gelingt, wird die neue Aufgabe sein. Hierfür bitte ich Sie – gerade auch als Fachkollegen – um Ihre wachsame Begleitung.

Für Ihren Dienst als „Brückenbauer an der Schnittstelle zwischen Schule und Kirche“ wünsche ich Ihnen von Herzen Erfolg, Gesundheit und Zufriedenheit und Gottes Segen für alles, was Sie tun und was Ihnen widerfährt.

Mit allen guten Wünschen und Grüßen  
Ihr Thomas Gottfried

**Senioren**

**Wissenswertes für Versorgungsempfänger und auch manche Aktiven**

**Strukturelle Beitragsänderung der privaten Krankenversicherung (PKV)**

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verlangt von den privaten Krankenversicherungen ab 2008 die Kosten für Schwangerschaften und Entbindungen nicht mehr allein den Frauen anzulasten, sondern kostenneutral zwischen den Geschlechtern umzulegen.

Logischerweise werden dadurch die Beiträge für Männer steigen, für Frauen im Gegenzug sinken. Dabei verfahren die Versicherungsträger nicht einheitlich.

Die DEBEKA bundesweit die größte Krankenversicherung für Beamte und Versorgungsempfänger – erhöht die Beiträge für Männer bis zum 65. Lebensjahr um durchschnittlich 1,50 Euro. Ab 65 Jahren werden die Beiträge für Männer nicht erhöht.

Die Versicherungskammer Bayern (Bayern-Versicherung) gab die Auskunft: Der Ausgleich findet individuell wesentlich im Bereich der Altersgruppe der 20-

bis 30-jährigen statt (0,50 bis 8,00 Euro). Darüber hinaus bewegen sich Angleichungen allenfalls im Bereich von Peanuts (etwa 0,50 Euro). Pensionisten sind in der Regel nicht betroffen.

**Weihnachtsgeld**

Entsprechend dem Bayerischen Sonderzahlungsgesetz sind die Weihnachtsgeldzuwendungen für die aktiven Beamten und die Versorgungsempfänger bis einschließlich 2009 gesichert. Und auch für die Zeit danach stehen die Aussichten für eine Weiterzahlung oder Integrierung in lineare Anpassungen in Bayern – von uns favorisiert – nicht schlecht. Die günstige bayerische Situation ist zu würdigen: nicht alle Bundesländer zahlen zur Zeit Weihnachtsgeld, andere haben stark gekürzt; wieder andere bedenken zwar ihre aktiven Beamten, schließen jedoch ihre Versorgungsempfänger aus. Und auf Bayern wird negativer Druck ausgeübt, aber mannhaft pariert: z.B. fordert der SPD-Sozialexperte Lauterbach explizit, das Weihnachtsgeld für Versorgungsempfänger in Bund und Ländern abzuschaffen. „Das Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre bleibt! Von Beamtenprivilegien kann beim Weihnachtsgeld für die Pensionäre keine Rede sein. Hier werden die Fakten

bewusst verdreht. Rentner bekommen ihr Weihnachtsgeld anteilig jeden Monat mit der Rente, Pensionäre bekommen es einmalig im Dezember. Es gibt deshalb keinen Anlass, den Pensionären das Weihnachtsgeld zu streichen.“ (Bayerischer Finanzminister Erwin Huber – Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Finanzen).

Die Integrierung des Weihnachtsgeldes in das Gehalt bzw. die Versorgungsbezüge dürfte die jährlich erneut aufflammenden Diskussionen beenden.

Übrigens: So privilegiert wie oft behauptet, ist das Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre auch im Vergleich zur Privatwirtschaft ohnehin nicht: Laut FAZ (vom 16.11.2007), die eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zitiert, bezieht mehr als jeder zweite Arbeitnehmer Weihnachtsgeld, das im Durchschnitt 1600,00 Euro beträgt – im Westen 1.669,00 Euro, im Osten 1071,00 Euro. Und die Bild-Zeitung veröffentlichte (17.10.2007) eine Liste von 100 weihnachtsgeldzahlenden Firmen und Organisationen. Die Höhe schwankt sehr: Schwerpunkte liegen bei 50 % und 100 % eines Monatseinkommens; reicht aber bis 150 %!

**Entwicklung der Renten**

Nach einer AVID-Studie der DRV können die Rentner in Deutschland in den nächsten 15 Jahren mit Rentenerhöhungen von im Schnitt 1,7 % rechnen.

**Eine neue Diskriminierung?**

Zwei persönliche Erfahrungen ... Eine Berliner Bühne bot mir im Dezember 2007, wenn ich Rentner sei, eine nicht unerhebliche Ermäßigung auf den normalen Eintrittspreis an. Man verlangte einen Ausweis. In der Annahme, es gehe um den Nachweis des Alters für eine Seniorenermäßigung (ich fühlte mich schon leicht geschmeichelt, dass mein Aussehen nicht automatisch als Nachweis erschien) zückte ich meinen Reisepass – der war aber nicht gefragt, ich müsse meine Eigenschaft „Rentner“ (mit dem weißen Rentnerausweis) nachweisen. Pensionisten erhielten keine Ermäßigung. Die Frage nach der Begründung ergab: nach Ansicht des Chefs des Hauses hätten Pensionäre im Gegensatz

zu den Rentnern genug Geld. Ich sollte doch einen Beschwerdebrief an die Geschäftsleitung schreiben, denn diese Regelung bereite an der Kasse viel Ärger.

Eine Woche später beim Kauf einer Kinokarte in München die gleiche Erfahrung. Meine ursprüngliche Vermutung, im Berliner Theater – im ehemaligen Ostteil liegend und auch schon zu DDR-Zeiten bestehend – habe ein DDR-Ressentiment überlebt, scheint damit unzutreffend. Allerdings drückte die Kartenverkäuferin – sicher aufgrund meines hilfsbedürftigen Aussehens – ein Auge zu und machte mich zum nachlassberechtigten Rentner.

Sollten Recherchen ergeben, dass die geschilderten Praktiken keine Ausnahme, sondern sich breitmachende Usancen sind oder im Begriffe sind es zu werden, werden wir die Rechtmäßigkeit solchen Vorgehens prüfen lassen, bzw. bei rechtlicher Zulässigkeit die die Pensionäre – und alle älteren Nicht-Rentner (Hausfrauen, ehemalige Selbständige ...) benachteiligenden Unternehmen und Einrichtungen an den Pranger stellen.

Die Mitteilung ähnlicher Erfahrungen wäre hilfreich! BRH und EBB sind vorunterrichtet. *Berthold Schulter*

**Treffen der Seniorenbeauftragten**

Auf Anregung von Berthold Schulter fand die Sitzung der VLB-Seniorenbeauftragten am 14. November 2007 im Wohnstift Augustinum München-Nord statt.

Stiftsdirektor Weigl informierte die Seniorenvertreter über das Augustinum. Nach einem allgemeinen Vergleich altersgerechter Wohnformen, ging er auf die besondere Form des Wohnstifts Augustinum ein. Das christliche Haus, das auf die Gedanken von Augustinus und das Prinzip Philadelphia – Geschwisterliebe – aufgebaut ist, wird getragen von den drei Säulen: Freiheit – Gemeinschaft – Sicherheit

In der Bundesrepublik gibt es derzeit 21 Häuser, das 22. Augustinum wird gerade gebaut. Alle Einrichtungen zusammen beherbergen ca. 7000 Personen. Die Verweildauer beträgt im Schnitt 8 –

9 Jahre. Im Augustinum München Nord liegt das Alter der Bewohner zwischen 60 und 105 Jahren.

Das Haus verfügt über einen Pflegestützpunkt mit 60 Mitarbeitern, sodass eine sehr qualitätsvolle Pflege im eigenen Apartment sichergestellt ist.

Im Nachgespräch kristallisierte sich heraus, dass sich das Thema „Wohnformen im Alter“ für die Seniorenveranstaltung im Rahmen des nächsten Berufsbildungskongresses in Freising eignen würde. Direktor Weigl, von Schulter darauf hin angesprochen, erklärte sich bereit, drüber zu referieren.

Anschließend berichteten die Bezirksvertreter über ihre Aktivitäten. Es stellte sich heraus, dass die Seniorentage in etwa nach dem gleichen Schema ablaufen. Nach einer gemeinsamen Besichtigung, einem kulturellen Ereignis also, findet ein Informationsaustausch mit dem VLB-Seniorenbeauftragten Berthold Schulter, den Seniorenvertretern in den jeweiligen Bezirken und den Kolleginnen und Kollegen statt. In der Regel erscheint ein Bericht in VLB -akzente.

**Rückblick**

> Das Jahrestreffen der Oberfranken fand am 23. Juni in Bamberg statt. Besucht wurde die Ausstellung „Unterm Sternemantel – 1000 Jahre Bistum Bamberg“ und anschließend das Orgelkonzert im Dom. Der Bericht findet sich in VLB -akzente Heft 9.

> Am 7. Mai besichtigten die Oberbayern das Hopfenmuseum in Wolz nach. Dabei wurden aber nicht alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Regierungsbezirk erfasst. Seniorenbeauftragter Schulter regte an, einen zweiten Seniorenvertreter zu finden, der sich mehr um das Gebiet im Raum Mühldorf kümmern sollte, um künftig alle Pensionisten des Bezirks einladen zu können. Bei der Suche nach einem zweiten Seniorenvertreter wird Kollege Wawra vom Bezirksvorsitzenden unterstützt.

> Die Zahl der gemeldeten Teilnehmer in Mittelfranken war so groß, dass Kollege Hergert zwei Veranstaltungen anbieten musste, am 3. Mai und am 14. Juni. Besucht wurden das Schloss Stein und Faber Castell.

 <p><b>REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH</b> Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Infos und ausführliche Reiseverläufe unter: <a href="http://www.naturfreunde-reisen.de">www.naturfreunde-reisen.de</a></p> 	
<b>TERMINE</b>	<b>REISEN 2007/08</b> <span style="float: right;">Preis VLB ab</span>
11.05.08 bis 18.05.08	<b>SYRIEN:</b> Syrian Arab ab MUC/FRA: Damaskus, Bosra, Palmyra, Aleppo, Maalula, gute Hotels, HP, Reiseleitung <b>948,- €</b>
13.05.08 bis 20.05.08	<b>MADEIRA:</b> TAP ab MUC/FRA: Funchal, Levada-Wanderungen, HP und Meerblick im 4-Sterne Hotel, Reiseleitung <b>1048,- €</b>
15.05.08 bis 22.05.08	<b>IRLAND:</b> Air Lingus ab MUC: Cork, Ring of Kerry, Galway, Dublin, gute Hotels, HP, alle Fluggebühren, Reiseleitung <b>1198,- €</b>
10.05.08 bis 23.05.08	<b>MEXIKO:</b> Iberia ab MUC/FRA: Mexiko-City, Teotihuacan, Palenque, Chichen Itzá, Cancun, gute Hotels, HP, Reiseleitung <b>2448,- €</b>
10.05.08 bis 23.05.08	<b>KUBA:</b> Iberia ab MUC: Havanna, Soroa, Cienfuegos, Trinidad, Varadero, gute Hotels, Halb-, Vollpension, Reiseleitung <b>1698,- €</b>
10.05.08 bis 24.05.08	<b>PERU:</b> Iberia ab MUC/FRA: Lima, Nazca, Arequipa, Cuzco, Machu Picchu, Titicaca-See, gute Hotels, HP, Reiseleitung <b>2398,- €</b>
14.05.08 bis 24.05.08	<b>IRAN:</b> Iran Air ab FRA: Teheran, Shiraz, Persepolis, Yazd, Nain, Isfahan, Leistungen: gute Hotels, HP, Reiseleitung <b>1498,- €</b>
03.08.08 bis 11.08.08	<b>BALTIKUM:</b> Air Baltic ab MUC: Litauen, Kurische Nehrung, Lettland, Estland, gute Hotels, HP, Reiseleitung <b>1198,- €</b>
09.08.08 bis 16.08.08	<b>NORWEGEN:</b> Lufthansa ab MUC: Oslo, Geirangerfjord, Bergen, Flambahn, Geilo, gute Hotels, HP, Reiseleitung <b>1398,- €</b>
15.08.08 bis 28.08.08	<b>ECUADOR</b> mit Verlängerung <b>GALAPAGOS-KREUZFAHRT:</b> Iberia ab MUC/FRA: Quito, Urwalddörfer, Riobimba, <b>2648,- €</b>
28.08.08 bis 02.09.08	<b>INGAPIRCA,</b> Guayaquil, fakultative 5-tägige Verlängerungsmöglichkeit Galapagos, gute Hotels/Schiff, HP, Reiseleitung <b>1698,- €</b>
19.08.08 bis 02.09.08	<b>NAMIBIA:</b> Air Namibia ab FRA: Windhoek, Sossusvlei, Swakopmund, Himba, Etosha, gute Hotels, HP, Reiseleitung <b>2548,- €</b>
<b>PFINGSTEN 08:</b> Ostgriechische Inseln 12 Tg ca. 1450 €, Bellaria-Busfahrt (Adria) 8 Tg ab 398 € <b>SOMMER 08:</b> Peru 17 Tg, Italien-Apulien 8 Tg, Griechenland mit Olymp 9 Tg	

- > Kultureller Höhepunkt für die Unterfranken war diesmal der Besuch im Museum Schäfer in Schweinfurt, den Kollege Berger wärmstens auch allen empfahl.
- > Die Münchner Pensionisten trafen sich im Orgelzentrum Valley. Einen begeisterten Bericht finden sie im Heft 11.
- > Lothar Fischer führte die Oberpfälzer nach Schwandorf zu einem Besuch im Felsenkeller – Labyrinth, der früheren kommunalen Braustätte. Die gut besuchte Veranstaltung wurde durch Informationen über das neue Beihilferecht bereichert, die ein Beamter der Beihilfestelle vortrug.
- > Die niederbayerischen Pensionisten besuchten am 21. Juni in Zwiesel die Ausstellung „Bayern und Böhmen“. Der Bericht findet sich im Heft 10.
- > In Schwaben konnten krankheitsbedingt keine Seniorentage stattfinden.

Danben nahm der Seniorenbeauftragte an vielen weiteren Veranstaltungen, die sich mit den Belangen der Senioren befassten.

Soweit es notwendig war, berichtete Berthold Schulter in VLB-akzente – z. B. in Heft 08/09 über das Fachhearing des Bayerischen Finanzministeriums zur Weiterentwicklung des Versorgungsrechts.

Abschließend betonte Schulter, dass die Zahl der Anfragen zu Beihilfe lawinenartig zunahm, er wies nochmals darauf hin, bei Unklarheiten bezüglich Beihilfe selbst die Beihilfestellen anzurufen, die im Allgemeinen sehr hilfsbereit seien. Außerdem sollte man sich bei Kuren immer vorher mit der Beihilfe absprechen und einen ärztlichen Kurplan erstellen lassen.

Die gute Nachricht zum Versorgungsrecht lautete: Die Sonderzahlungen und das „Weihnachtsgeld“ sind für die Jahre 2007 bis 2009 gesichert. Danach wird sich entscheiden, ob die bisherige Regelung weitergeführt wird, oder ob die Beiträge in die Bezüge eingearbeitet werden. An den bisher gültigen Absenkungen ändert sich zunächst nichts. Der Freistaat Bayern wird für jeden neu eintretenden Beamten eine monatliche Rücklage von 500 Euro für einen Pensionsfonds bilden.

Der Schematismus erscheint im Frühjahr als CD und wird auch in Buchform zur Verfügung stehen. In Zukunft wird bei den Pensionisten die letzte Schule im Verzeichnis erscheinen.

*Berthold Schramm*

## Personalien

### Wir gratulieren im März ...

#### ... zum 96. Geburtstag

**Vollath, Hans**, 08.03.  
94036 Passau, KV Ndb.-Ost

#### ... 93. Geburtstag

**Hahmann, Horst**, 06.03.  
90571 Schwaig, KV Nürnberg  
**Rothammer, Fritz**, 17.03.  
94315 Straubing, KV Donau-Wald

#### ... zum 90. Geburtstag

**Eybl, Elsbeth**, 29.03.  
90408 Nürnberg, KV Nürnberg

#### ... zum 87. Geburtstag

Jilg, Herta, 03.03.  
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL

#### ... zum 85. Geburtstag

**Balbach, Kurt**, 25.03.  
90409 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Weiß, Sophie**, 06.03.  
80636 München, KV Obb.-Nordwest  
**Wirth, Alma**, 27.03.  
97318 Kitzingen, KV Würzburg

#### ... zum 84. Geburtstag

**Göldner-Schneider, Anni**, 02.03.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt  
**Inderst, Christina**, 09.03.  
84032 Landshut, KV Landshut  
**Virsik, Ladislaus**, 10.03.  
97074 Würzburg, KV Würzburg  
**Schöfer, Alois**, 22.03.  
94522 Wallersdorf, KV Donau-Wald

#### ... zum 82. Geburtstag

**Röhrl, Josef**, 05.03.  
84140 Gangkofen, KV Ndb.-Ost

**Rehbogen, Michael**, 20.03.  
92237 Sulzbach-Rosenberg,  
KV Amberg-Sulzbach

#### ... zum 81. Geburtstag

**Greiss, Hilde**, 01.03.  
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL  
**Bühler, Oskar**, 02.03.  
83083 Riedering b. Rosenheim,  
KV Rosenheim-Miesbach  
**Wilfert, Else**, 19.03.  
97076 Würzburg, KV Würzburg  
**Haas, Georg**, 24.03.  
84558 Tyrlaching, KV Altötting-Mühlendorf

#### ... zum 80. Geburtstag

**Kempf, Martin**, 16.03.  
63864 Glattbach, KV Untermain  
**Nickl, Josef**, 01.03.  
92421 Schwandorf, KV Schwandorf  
**Schmid, Helmut**, 16.03.  
85356 Freising, KV Obb.-Nordwest  
**Schmitt, Reinhold**, 04.03.  
97204 Höchberg, KV Würzburg  
**Stengl, Walter**, 19.03.  
89407 Dillingen, KV Nordschwaben  
**Storath, Julius**, 24.03.  
97464 Oberwerrn, KV Main-Rhön  
**Welzbacher, Walter**, 11.03.  
63500 Seligenstadt, KV Untermain

#### ... zum 75. Geburtstag

**Baldauf, Gotthard**, 01.03.  
87435 Kempten, KV Allgäu  
**Bick, Roswitha**, 13.03.  
90425 Nürnberg, KV Mfr.-Nord  
**Mayer, Max**, 05.03.  
87561 Oberstdorf, KV Allgäu  
**Neudert, Johann**, 29.03.  
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben  
**Schnitzler, Karl**, 30.03.  
87700 Memmingen, KV Augsburg  
**Stadler, Cornelia**, 10.03.  
93086 Würth, KV Donau-Wald  
**Stöckl, Toni**, 30.03.  
83471 Berchtesgaden, KV Traunstein-BGL

#### ... zum 70. Geburtstag

**Bauer, Lore**, 04.03.  
92507 Nabburg, KV Schwandorf  
**Bergner, Ulrich**, 27.03.  
97638 Mellrichstadt, KV Main-Rhön  
**Döllner, Gertrud**, 13.03.  
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim  
**Hubertus, Heinz**, 27.03.  
63877 Sailauf, KV Untermain

**Jankowsky, Hans-Folko**, 14.03.  
91154 Roth, KV Mfr.-Süd  
**Pausenberger, Ursula**, 15.03.  
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd  
**Reisner, Andreas**, 23.03.  
85276 Pfaffenhofen, KV Obb.-Nordwest  
**Schäfer, Gerhard**, 26.03.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt  
**Siebel, Gottfried**, 09.03.  
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord

#### ... zum 65. Geburtstag

**Altmann, Hermann**, 31.03.  
93453 Neukirchen b. Heiligblut,  
KV Cham  
**Baltzer, Norbert**, 06.03.  
90453 Nürnberg, KV Mfr.-Süd  
**Dolzer, Helmut**, 15.03.  
93479 Grafenwiesen, KV Nürnberg  
**Frank, Oskar**, 02.03.  
92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord  
**Gröbner, Günter**, 23.03.  
86700 Otting, KV Nordschwaben  
**Kranl, Lothar**, 08.03.  
93444 Kötzing, KV Cham  
**Landzettel, Ulla**, 13.03.  
84048 Reichertshofen, KV Landshut  
**Lieser, Hans-Jürgen**, 05.03.  
86956 Schongau, KV Obb.-Südwest  
**Werzinger, Herma**, 10.03.  
92355 Velburg, KV Neumarkt  
**Woditschka, Friedrich**, 11.03.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt  
**Dr. Wolf, Gerhard**, 14.03.  
86199 Augsburg, KV Augsburg

#### ... zum 60. Geburtstag

**Enser, Wilhelm**, 15.03.  
91590 Bruckberg, KV Mfr.-Nord  
**Grochowski, Gerhard**, 04.03.  
84431 Heldenstein-Lauterbach,  
KV Altötting-Mühlendorf  
**Hoppert, Gerhard**, 29.03.  
95119 Naila, KV Ofr.-Nordost  
**Krapp, Elisabeth**, 18.03.  
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest  
**Dr. König, Karlheinz**, 07.03.  
97234 Reichenberg, KV Würzburg  
**Lehner, Georg**, 04.03.  
93083 Obertraubling, KV Regensburg  
**Loidl, Johann**, 11.03.  
93326 Abensberg, KV Landshut  
**Pioro, Felix**, 23.03.  
92468 Miltach, KV Cham  
**Prof. Dr. Schelten, Andreas**, 21.03.  
85276 Pfaffenhofen, KV München

**Stark, Bernhard**, 08.03.  
87700 Memmingen, KV Allgäu  
**Thurner, Manfred**, 08.03.  
86159 Augsburg, BV München  
**Wieduwild, Ingelore**, 07.03.  
83730 Fischbachau, KV München  
**Zink, Herbert**, 29.03.  
85395 Wolfersdorf, KV Obb.-Nordwest

### Wir gratulieren im April ...

#### ... zum 87. Geburtstag

**Fischer, Else**, 09.04.  
86842 Türkheim, KV Allgäu  
**Langenmayr, Hermann**, 11.04.  
89426 Mödingen, KV Nordschwaben  
**Conrad, Rudolf-Eugen**, 13.04.  
86161 Augsburg, KV Augsburg  
**Cislak, Eduard**, 21.04.  
94133 Röhrnbach, KV Ndb.-Ost

#### ... zum 84. Geburtstag

**Schuberth, Michael**, 26.04.  
86316 Friedberg, KV Nordschwaben

#### ... zum 83. Geburtstag

**Ritter, Christoph**, 19.04.  
90425 Nürnberg, KV Nürnberg

#### ... zum 82. Geburtstag

**Zimmermann, Charlotte**, 08.04.  
86825 Bad Wörishofen, KV Allgäu  
**Zobl, Brigitte**, 23.04.  
87527 Altstädten, KV Allgäu  
**Kölbl, Heinrich**, 26.04.  
94032 Passau, KV Ndb.-Ost

#### ... zum 81. Geburtstag

**Pfister, Paul**, 04.04.  
91301 Forchheim, KV Bamberg-Forchheim  
**Windmeißer, Max**, 05.04.  
93449 Waldmünchen, KV Cham  
**Härtl, Werner**, 08.04.  
84036 Landshut, KV Landshut  
**Nothhaft, Fritz**, 18.04.  
95239 Zell, KV Ofr.-Nordost  
**Meier, Elfriede**, 26.04.  
92278 Illschwang, KV Amberg-Sulzbach

#### ... zum 80. Geburtstag

**Bachmann, Karl-Heinz**, 11.04.  
97082 Würzburg, KV Würzburg

**Eger, Fritz**, 24.04.  
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben  
**Lindermüller, Helmut**, 25.04.  
85107 Baar-Ebenhausen, KV Obb.-Nordwest  
**Scheck, Manfred**, 21.04.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt  
**Wendlandt, Manfred**, 24.04.  
90419 Nürnberg, KV Nürnberg

#### ... zum 75. Geburtstag

**Cymara, Heinz-Bernfried**, 17.04.  
90471 Nürnberg, KV Mfr.-Nord  
**Eschenbacher, Werner**, 09.04.  
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest  
**Gauglitz, Peter Paul**, 26.04.  
96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim  
**Müller, Bernhard**, 09.04.  
89257 Illertissen, KV Allgäu

#### ... zum 70. Geburtstag

**Gillhuber, Josef**, 05.04.  
84543 Winhöring, KV Altötting-Mühlendorf  
**Grimm, Rauthgundis**, 25.04.  
90547 Stein, KV Nürnberg  
**Grimm, Rudolf**, 09.04.  
90425 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Hampel, Peter**, 23.04.  
86240 Rattenberg, KV Traunstein-BGL  
**Kukuk, Harald**, 02.04.  
90547 Stein, KV Nürnberg  
**Schneider, Franz**, 10.04.  
86163 Augsburg, KV Augsburg  
**Thiel, Peter**, 04.04.  
97218 Gerbrunn, KV Würzburg  
**Wimmer, Peter**, 06.04.  
80997 München, BV München

#### ... zum 65. Geburtstag

**Barth, Bernhard**, 20.04.  
87439 Kempten, KV Allgäu  
**Bauer, Gerd C.**, 28.04.  
63897 Miltenberg, KV Untermain  
**Beinhofer, Hermann**, 14.04.  
80331 München, KV Augsburg  
**Bienefeld, Rotraut**, 02.04.  
87474 Buchenberg, KV Allgäu  
**Frank, Heide**, 20.04.  
87488 Betzigau, KV Allgäu  
**Gunzert, Barbara**, 18.04.  
85521 Ottobrunn, BV München  
**Holzmann, Dieter**, 09.04.  
87700 Memmingen, KV Allgäu  
**Koppmann, Jürgen**, 29.04.  
92271 Freihung, KV Oberpfalz-Nord  
**Korba, Hans**, 25.04.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt



**Pfründer, Hans-Jörg**, 20.04.  
86465 Welden, KV Augsburg  
**Rohloff, Heidemarie**, 17.04.  
95030 Hof, KV Ofr.-Nordost  
**Stephan, Helmut**, 27.04.  
83386 Freilassing, BV München  
**Ulbrich, Siegbert**, 05.04.  
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim  
**Zimmer, Reiner**, 16.04.  
85635 Höhenkirchen-Sieg, BV München  
**Zimmermann, Sabine**, 18.04.  
81829 München, KV Obb.-Südwest  
**Zitzmann, Peter**, 22.04.  
90411 Nürnberg, KV Nürnberg

#### ... zum 60. Geburtstag

**Eder, Arnold**, 22.04.  
83483 Bischofswiesen,  
KV Traunstein-BGL  
**Fischer, Wolfgang**, 24.04.  
84076 Pfeffenhausen,  
KV Obb.-Nordwest  
**Göhring, Gerhard**, 07.04.  
83043 Bad Aibling,  
KV Rosenheim-Miesbach  
**Köppel, Klaus**, 20.04.  
95700 Neusorg, KV Oberpfalz-Nord  
**Lang, Hildegard**, 12.04.  
87660 Irsee, KV Allgäu  
**Müller, Manfred**, 05.04.  
91058 Erlangen, KV Nürnberg  
**Müller, Olaf**, 26.04.  
86169 Augsburg, KV Augsburg  
**Müller, Ursula**, 12.04.  
85521 Riemerling, KV München  
**Obermeier, Ludwig**, 23.04.  
84079 Bruckberg, KV Landshut  
**Reindl, Richard**, 16.04.  
93183 Kallmünz, KV Regensburg  
**Reinhardt, Anton**, 14.04.  
96231 Staffelstein-Grundfeld,  
KV Ofr.-Nordwest  
**Ritter, Ursula**, 23.04.  
91586 Lichtenau, KV Mfr.-Süd  
**Schaller, Gerhard**, 19.04.  
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest  
**Schlegelmilch, Martin**, 18.04.  
97475 Zeil, KV Main-Rhön  
**Stuber, Richard**, 19.04.  
86687 Kaisheim, KV Nordschwaben  
**Tannebaum, Gerhard**, 20.04.  
97490 Poppenhausen, KV Main-Rhön  
**Zeitler, Siegfried**, 27.04.  
90449 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Ziesler, Johann**, 17.04.  
90559 Burghthann, KV Mfr.-Süd

## Wir trauern um ...

**Rettenbeck, Johann**, KV Obb.-Nordwest (94)  
**Wiedemann, Karl**, KV Obb.-Südwest (94)  
**Osterholz, Juliane**, KV Ndb.-Ost (86)  
**Dr. Kragl, Martin**, KV Main-Rhön (85)  
**Denzler, Heinrich**,  
KV Bamberg-Forchheim (81)  
**Spiegel, Wilhelm**, KV Main-Rhön (70)

## Vermischtes

### BV Mittelfranken

## Salzburg im Vorfeld der Fußball-EM

Spätestens durch den großen goldenen Ball vor dem Salzburger Dom wurden wir bei unserer traditionellen Kulturfahrt daran erinnert, dass in wenigen Monaten nicht nur der „Jedermann“ in Salzburg gespielt wird, sondern auch drei Spiele mit der griechischen Nationalmannschaft hier stattfinden.

Wieder einmal hat sich eine Gruppe mittelfränkischer Berufsschullehrer/innen aufgemacht, um die Faschingszeit auch kulturell zu feiern. In diesem Jahr war die Festspielstadt Salzburg unser Ziel. Das relativ nahe Ziel war aber

gar nicht so leicht zu erreichen, da uns ein fast vierzig Kilometer langer Stau die Zufahrt verwehren wollte. Trotzdem haben wir es geschafft und konnten nach einer ersten kurzen Stadtführung in der Altstadt am Abend mit dem Lustspiel „Best of Schiller und Goethe“ in etwa zwei Stunden das Wesentliche aus zwanzig Schauspielen der beiden großen Meister – äußerst humorvoll serviert – genießen.

Den Sonntag nutzten wir bei herrlichen Wetter zu einer Fahrt, am Wolfgangsee vorbei, nach Hallein, um im Salzbergwerk am Dürrnberg vieles über den Salzabbau und die Gründe für den ehemaligen Reichtum von Salzburg zu erfahren. Wir erlebten einen bellenden Grubenhund und zwei lustige Abfahrten auf den Holzrutschen. Da wir dabei tief im Berg auch bis unter bayerischen Grund vordrangen, waren wir eigentlich gar nicht wirklich im Ausland. Später besichtigten wir in Bad Ischl die Kaiservilla, wo wir von seiner kaiserlichen Hoheit, dem Erzherzog von Habsburg – einem Urenkel der Kaiserin Sissy und jetziger Besitzer des Schlosses – empfangen wurden. Bei einem Glas Punsch konnten wir in angenehmer Unterhaltung einiges über die damalige und heutige Rolle der Habsburger erfahren. Der Tag wurde mit dem „Mozart-Dinner-

Konzert“ im Barocksaal von St. Peter beendet, wo wir bei einem ausgezeichneten Essen mit Musik und Gesang aus Mozart-Opern verwöhnt wurden.

Am Montag sahen wir neben vereinzelten kostümierten Gestalten auch die Höhepunkte der Salzburger Neustadt. Da wir sehr zentral am Neutor untergebracht waren, konnten die vorgebuchten Besichtigungen der Festung oder der Mozarthäuser ganz individuell und stressfrei absolviert werden. Am Abend stand diesmal schwere Kost auf dem Programm. Das Schauspiel „Nordost“ beschreibt aus der Sicht von drei Frauen den Überfall tschetschenischer Rebellen auf das Musical-Theater in Moskau. Die schonungslose Darstellung der Situation, die kaum Hoffnung für eine bessere Zukunft lässt, löste große Betroffenheit aus und bot genügend Gesprächsstoff für das anschließende Beisammensein bei einem Glas Wein oder Bier.

Der letzte Vormittag kam viel zu rasch und nach einer kleinen Einkaufstour oder einem zusätzlichen Museumsbesuch und gestärkt mit österreichischen Mehlspeisen oder Mozartkugeln fuhren wir am Nachmittag zurück nach Franken. Herzlichen Dank nochmals an alle Teilnehmer, die durch ihr gutes Miteinander auch diese Fahrt wieder zu einem Erfolg werden lies. *H. Lochner*

## Für Sie persönlich

## Sozialversicherungsdaten 2008

In der Kranken- und Pflegeversicherung gilt eine einheitliche Beitragsbemessungsgrenze für das gesamte Bundesgebiet. Unterschiede zwischen „Ost“ und „West“ gibt es nach wie vor in der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Hier wurden die Beitragsbemessungsgrenzen für die alten Bundesländer um 600,00 Euro erhöht, in den neuen Bundesländern sinken sie um 600,00 Euro von 54.600,00 auf 54.000,00 Euro (Jahreswerte). Die „Jahresarbeitsentgeltgrenze“ in der Krankenversicherung, die über die Versicherungspflicht entscheidet, wurde ebenfalls erhöht.



Ein Teil der Reisegruppe auf der Marmortreppe in Schloss Mirabell.

## STADT WÜRZBURG

Die Stadt Würzburg sucht zum Schuljahresbeginn 2008/09

### Für den Einsatz an der Franz-Oberthür-Schule (Städt. Berufsbildungszentrum I):

**Lehrkräfte für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen:**

- Fächerverbindung Elektrotechnik / Zweitfach beliebig
- Fächerverbindung Metalltechnik / Zweitfach beliebig

**Lehrkräfte für das Lehramt an Gymnasien:**

- Fächerverbindung Mathematik / Physik
- Fächerverbindung aus dem Bereich Deutsch / English / Geschichte / Sozialkunde

### Für den Einsatz an der Josef-Greising-Schule (Städt. Gewerbl. Berufsbildungszentrum II):

**Lehrkräfte für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen:**

- Fächerverbindung Bautechnik / Zweitfach beliebig

### Für den Einsatz an der Klara-Oppenheimer-Schule (Städt. Berufsbildungszentrum für kaufmännische, hauswirtschaftliche und soziale Berufe):

**Lehrkräfte für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen:**

- Fächerverbindung Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft / Zweitfach Chemie
- Diplomhandelslehrer/Diplomhandelslehrerinnen / Zweitfach Sozialkunde oder Deutsch oder Englisch

und

**Lehrkräfte für das Lehramt an Gymnasien:**

- Fächerverbindung Englisch / Deutsch

Der Einsatz erfolgt zunächst am Städt. Mozart- und Schönborn-Gymnasium. Mittelfristig ist eine Verwendung an einer städt. beruflichen Schule vorgesehen.

Die Einstellung erfolgt für den gesamten Schulbereich der Stadt Würzburg. Bewerbungen von Frauen werden begrüßt. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, richten Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung bis spätestens

**07.03.2008**

an die  
**Stadt Würzburg, – Fachbereich Personal / Lehrkräfte –,  
Postfach, 97067 Würzburg.**

Auskünfte erteilen der Schulleiter der Franz-Oberthür-Schule, Herr Eyrich, Tel. 0931/7953-0 (Fachrichtungen Elektrotechnik und Metalltechnik), der Schulleiter der Klara-Oppenheimer-Schule, Herr Ott, Tel. 0931/7908-100 (Fachrichtungen Ernährung und Diplomhandelslehrer), der Leiter der Josef-Greising-Schule, Herr Höfling, Tel. 0931/64015-0 (Fachrichtung Bautechnik) sowie der Leiter des Mozart- und Schönborn-Gymnasiums, Herr Loho, Tel. 0931/26023-0.

Darüber hinaus stehen Ihnen Frau Münch (Tel. 0931/37-3238, e-mail: heike.muench@stadt.wuerzburg.de) sowie Frau Ziemelis (Tel. 0931/37-3223, e-mail: sandra.ziemelis@stadt.wuerzburg.de) im Fachbereich Personal für eine erste Kontaktaufnahme zur Verfügung.



### Krankenversicherungspflicht

Die Jahresarbeitsentgeltgrenze 2008 steigt von 47.700,00 Euro auf 48.150,00 Euro, auf den Monat umgerechnet also auf 4.012,50 Euro. Bis zu diesem Entgelt besteht Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung.

### Neue Regelung für die Versicherungspflichtgrenze

Seit dem 2. Februar 2007 gilt, dass Versicherte mit ihrem Einkommen drei Jahre über der Versicherungspflichtgrenze liegen müssen, um im vierten Jahr wegen Überschreiten der JAE-Grenze in die private Krankenversicherung wechseln zu können.

Neu ist auch, dass bei krankenversicherungsfreien Arbeitnehmern der Arbeitgeber zu jedem Jahreswechsel erneut prüfen muss, ob die aktuelle JAE-Grenze überschritten wird und die JAE-Grenze der vergangenen drei Jahre überschritten wurden.

Unterbrechungen der Beschäftigung können deshalb zur Krankenversicherungspflicht führen, wenn hierdurch das tatsächliche Jahresarbeitsentgelt unter die jeweils maßgebliche JAE-Grenze sinkt. Um dies zu vermeiden, wird für bestimmte Unterbrechungszeiträume (z. B. Elternzeit) ein fiktives Arbeitsentgelt angesetzt, wenn das Beschäftigungsverhältnis für diese Zeit fortbestanden hat. Das fiktive Arbeitsentgelt wird in der Höhe des Entgelts angesetzt, das ohne die Unterbrechung erzielt worden wäre.

Versicherungspflicht kann jedoch eintreten, wenn das Beschäftigungsverhältnis über die begünstigten Unterbrechungszeiträume (z. B. Elternzeit) hinaus unterbrochen wird.

### Beispiel:

Unterbrechung der Beschäftigung wegen Elternzeit vom 01.01.2005 bis 31.12.2007. Wiederaufnahme der Beschäftigung aber erst am 01.07.2008, Monatsentgelt 5.000,00 EUR.

### Folge:

Der Arbeitnehmer ist im Jahr 2008 krankenversicherungsfrei, da er innerhalb eines Jahres nach dem Ende der Elternzeit eine Beschäftigung mit einem Entgelt oberhalb der JAE-Grenze aufge-

nommen hat und für die Jahre 2005 bis 2007 ein Überschreiten der JAE-Grenze unterstellt wird.

Im Jahr 2009 wird der Arbeitgeber bei seiner Rückrechnung aber feststellen, dass der Arbeitnehmer im Jahr 2008 die JAE-Grenze nicht überschritten hat. Der Arbeitnehmer wird deshalb zum 01.01.2009 krankenversicherungspflichtig.

Sind Unterbrechungen der Beschäftigung geplant, sollten vor der Realisierung die Auswirkungen auf die Krankenversicherungspflicht geprüft werden, da im Zusammenhang mit Unterbrechungszeiten kein Befreiungsgrund vorliegt.

Personen, die nach Vollendung des 55. Lebensjahres versicherungspflichtig werden, bleiben versicherungsfrei, wenn sie in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Versicherungspflicht nicht gesetzlich versichert waren. Weitere Voraussetzung ist, dass diese Personen mindestens die Hälfte dieser Zeit versicherungsfrei, von der Versicherungspflicht befreit oder nach § 5 Abs. 5 SGB V nicht versicherungspflichtig waren.

### Beiträge zur Krankenversicherung

Die Beitragsbemessungsgrenze legt das Höchstekommen fest, das in die Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge einfließt. Sie steigt von 42.750,00 Euro auf 43.200,00 Euro. Die Krankenversicherungsbeiträge werden damit ab Januar 2008 bis zu einem Monatsentgelt von maximal 3.600,00 Euro berechnet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen je die Hälfte des Beitragsatzes. Der Arbeitnehmer zahlt seit 1. Juli 2005 einen zusätzlichen Beitrag in Höhe von 0,9 %.

### Beiträge zur privaten Krankenversicherung

§ 257 Beitragszuschüsse für Beschäftigte SGB V:

(2) Beschäftigte, die nur wegen Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze oder auf Grund von § 6 Abs. 3a versicherungsfrei oder die von der Versicherungspflicht befreit und bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind und für sich und ihre Angehörigen, die bei Versicherungspflicht des Beschäftigten nach § 10 ver-

sichert wären, Vertragsleistungen beanspruchen können, die der Art nach den Leistungen dieses Buches entsprechen, erhalten von ihrem Arbeitgeber einen Beitragszuschuss.

Der Zuschuss beträgt die Hälfte des Betrages, der sich unter Anwendung des durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatzes der Krankenkassen vom 1. Januar des Vorjahres (§ 245) und der nach § 226 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 232a Abs. 2 bei Versicherungspflicht zugrunde zu legenden beitragspflichtigen Einnahmen als Beitrag ergibt, höchstens jedoch die Hälfte des Betrages, den der Beschäftigte für seine Krankenversicherung zu zahlen hat.

Der allgemeine durchschnittliche Beitragssatz betrug am 1. Januar 2007 13,9 %. Der maximale Beitragszuschuss beträgt damit  $13,9 \% \text{ von } 3.600,00 = 500,40 / 2 = 250,20$  Euro.

### Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung

In der Renten- und Arbeitslosenversicherung stieg die Höchstgrenze zur Berechnung der Beiträge für Versicherte in Westdeutschland von 5.250,00 Euro im Monat auf 5.300,00 Euro, in den neuen Bundesländern fiel sie 4.550,00 auf 4.500,00 Euro. Die Beiträge zur Rentenversicherung für Pflegepersonen (sie werden von der Pflegeversicherung übernommen), richten sich nach der Pflegestufe des Pflegebedürftigen und dem Pflegeaufwand.

### Beiträge zur Pflegeversicherung

Wie in der Krankenversicherung stieg auch hier die einheitliche Beitragsbemessungsgrenze von monatlich 3.562,50 Euro auf 3.600,00 Euro. Der Beitragssatz beträgt 1,7 %. Der maximale Arbeitgeberzuschuss beträgt 1,7 % von  $3.600,00 = 61,20 / 2 = 30,60$  Euro. Kinderlose Mitglieder ab Vollendung des 23. Lebensjahres zahlen seit 1. Januar 2005 einen Zuschlag von 0,25 %. Betroffene Mitglieder müssen also einen Beitragsanteil in Höhe von  $1,1 \% (1,7 / 2 + 0,25)$  zahlen.

### Beispiel:

a) Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Monatsentgelt von 3.000,00 Euro.

Sein Beitragsanteil zur Pflegeversicherung beträgt 25,50 Euro (0,85 % von 3.000,00 Euro).

b) Arbeitnehmer ohne Kind; gleiches Einkommen. Sein Beitragsanteil beträgt 33,00 Euro (1,1 % von 3.000,00 Euro). Keinen Beitragszuschlag zahlen Versicherte, die vor dem 1. Januar 1940 geboren sind, die Wehr- oder Zivildienst leisten oder Arbeitslosengeld II beziehen. Zum 1. Juli 2008 ist eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,25 % auf 1,95 % bzw. 2,2 % geplant.

### Beiträge für freiwillig Versicherte

Bei der Ermittlung der Beiträge für freiwillig Krankenversicherte werden beitragspflichtige monatliche Einnahmen von mindestens 828,33 Euro angenommen. Für freiwillig versicherte Selbstständige beträgt dieser Wert 1.863,75 Euro, für Existenzgründer im Rahmen einer „Ich-AG“ 1.242,50 Euro.

### Beiträge aus Pensionen, Betriebsrenten oder ähnlichen Bezügen

Versicherungspflichtige, die neben ihrem Arbeitsentgelt oder der Rente noch eine Pension oder eine Betriebsrente erhalten, müssen davon Krankenversicherungsbeiträge zahlen, wenn diese Bezüge 124,25 Euro im Monat übersteigen. Die Beitragsberechnung aus den Versorgungsbezügen und dem Arbeitseinkommen erfolgt mit dem vollen allgemeinen Beitragssatz der Krankenkasse. Auch aus diesen Bezügen hat der Versicherte monatlich den zusätzlichen Beitrag von 0,9 % zu zahlen.

### Studentische Krankenversicherung

Die einheitlichen Beiträge zur studentischen Krankenversicherung liegen im Wintersemester 2007/2008 bei 49,40 Euro im Monat zuzüglich 7,92 Euro für die Pflegeversicherung. In den Krankenversicherungsbeiträgen ist der Beitragszuschlag von 0,9 % enthalten. Studenten, die das 23. Lebensjahr vollendet haben und kinderlos sind, zahlen in der Pflegeversicherung einen Beitragszuschlag von 1,17 Euro.

### Familienversicherung

Familienangehörige, deren monatliche Einkünfte aus einer geringfügigen Beschäftigung („Mini-Job“) 400,00 Euro

## Stadt Nürnberg

www.nuernberg.de

Die Stadt Nürnberg ist der zweitgrößte kommunale Schulträger in Bayern mit ca. 23.000 Schülerinnen und Schülern an 36 beruflichen Schulen.

Wir suchen zum Schuljahr 2008/2009

### Lehrkräfte für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen

Fachrichtung Metalltechnik sowie Fachrichtung Elektrotechnik

besonders auch mit den Zweifächern Englisch, Deutsch, Sozialkunde, Mathematik, Informatiktechnik oder Physik

bzw. Dipl. Ing. Maschinenbau (Univ.)

für die Rudolf-Diesel-Fachschule für Techniker  
Stellenwert: BGr. A 13/14 bzw. EGr. 13 TVöD

### Ihre Aufgaben

Gesucht wird eine engagierte Lehrkraft, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgeht, team- und handlungsorientiert unterrichtet, über hohe Fach- und Sozialkompetenz verfügt, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzt, mit ihren kreativen Ideen die Qualität der beruflichen Schulen fördert und sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagiert. Einsatzmöglichkeiten bestehen in den Abteilungen für Fertigungstechnik und Kfz-Technik sowie an der Rudolf-Diesel-Fachschule für Techniker. Als Bewerberin/Bewerber haben Sie die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen in der Fachrichtung Metalltechnik oder Elektrotechnik erfolgreich abgelegt oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit dem Abschluss als Dipl. Ing. Maschinenbautechnik (Univ.) oder Dipl. Ing. Elektrotechnik (Univ.).

### Wir bieten

eine Beschäftigung nach den Bedingungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst; bei Vorliegen der Voraussetzungen im Beamtenverhältnis.

### Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die **Stadt Nürnberg, Personalamt, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg**. Für eine erste Kontaktaufnahme steht Ihnen Frau Deinhard unter Telefon (0911) 231-2346 zur Verfügung.

Die Personalarbeit der Stadt Nürnberg orientiert sich an der Chancengleichheit, insbesondere von Frauen und Männern. Bei Unterrepräsentation sind deshalb Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu erleichtern, wird, entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Teilzeitarbeit ermöglicht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

## Nürnberg

nicht übersteigen und die die sonstigen Voraussetzungen erfüllen, sind in der Krankenversicherung beitragsfrei familienversichert. Bei Familienangehörigen, die ausschließlich andere Einkünfte (z. B. Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Zins- oder Mieteinnahmen) haben, liegt diese Grenze bei 355,00 Euro.

### Fälligkeitstermin der Gesamtsozialversicherungsbeiträge

Seit Januar 2006 sind die Beiträge am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats fällig, statt wie vorher am 15. des Folgemonats. Die Beiträge müssen am Zahltag dem Konto der Einzugsstelle gutschrieben sein. Banklaufzeiten gehen zulasten des Zahlungspflichtigen. Da die Beiträge bereits vor Ablauf des Monats fällig werden, ist in der Regel die voraussichtliche Beitragschuld – getrennt von der eigentlichen monatlichen Lohnar-

brechnung – zu ermitteln. Sollte bei der abschließenden monatlichen Lohnabrechnung ein Restbetrag ermittelt werden, muss dieser am drittletzten Bankarbeitstag des Folgemonats zusätzlich zum dann fälligen Betrag für den laufenden Monat überwiesen werden. Die hiermit geschaffene vereinfachte Regelung lässt also eine „Abschlagszahlung“ in Höhe des Betrages zu, der für den Vormonat ermittelt wurde.

### Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Diese greift ab 01.04.2007 und betrifft ehemals GKV-Versicherte, die mittlerweile ohne Versicherungsschutz sind. Der genannte Personenkreis muss seit 1. April 2007 wieder in der ehemaligen Kasse versichert werden.

Selbstständige, denen auf Grund von Beitragsrückständen gekündigt wurde,



müssen ebenfalls wieder in der GKV versichert werden. Zudem wurde ab 1. Juli 2007 der erweiterte Standardtarif in der privaten Krankenversicherung (PKV) eingeführt. Er wird u. a. auch für Selbständige geöffnet, die ihren privaten Krankenversicherungsschutz verloren haben. Selbständige, die bisher nicht in der GKV versichert waren, haben in jedem Fall Zugang zur privaten Krankenversicherung. Für die dortige Versicherung im Standardtarif spielt der persönliche Gesundheitszustand keine Rolle. Ab 01.01.2009 muss sich dieser Personenkreis versichern, da dann auch für diesen Personenkreis Versicherungspflicht besteht.

Personen, die nach Vollendung des 55. Lebensjahres versicherungspflichtig werden, sind versicherungsfrei, wenn sie in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Versicherungspflicht nicht gesetzlich versichert waren. Weitere Voraussetzung ist, dass diese Personen mindestens die Hälfte dieser Zeit versicherungsfrei, von der Versicherungspflicht befreit oder nach § 5 Abs. 5 nicht versicherungspflichtig waren.

**Befreiungsmöglichkeiten bei Angestellten und Arbeitern von der Versicherungspflicht**

Privatversicherte Arbeitnehmer, die wegen ihres die Jahresarbeitsentgeltgrenze übersteigenden Einkommens zunächst versicherungsfrei waren, durch die Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze aber von der Versicherungspflicht eingeholt werden, können sich weiterhin von der Versicherungspflicht befreien lassen. Nicht befreien lassen kann sich, wer aus anderen Gründen (z. B. durch Einkommensminderung oder Unterbrechungszeiten) versicherungspflichtig wird.

Die Befreiung gilt immer für den Tatbestand, für den sie ausgesprochen wurde. Ein Angestellter (Arbeiter) ist so lange befreit, solange er als Angestellter (Arbeiter) beschäftigt ist. Dies gilt auch dann, wenn er den Arbeitgeber wechselt und aus einem neuen Beschäftigungsverhältnis ein Einkommen unterhalb der Jahresarbeitsverdienstgrenze erzielt. Eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses führt allenfalls zu einer Unterbrechung der Befreiung, nicht aber zu deren Beendigung. *Helmut Lang*

**Sozialversicherungsdaten für 2008**

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
<b>Gesetzliche Rentenversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
• jährlich	63 600 Euro	54 000 Euro
• monatlich	5 300 Euro	4 500 Euro
Beitragssatz	19,9 %	19,9 %
<b>Arbeitslosenversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
• jährlich	63 600 Euro	54 000 Euro
• monatlich	5 300 Euro	4 500 Euro
Beitragssatz	43,3 %	43,3 %
<b>Gesetzliche Krankenversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
• jährlich	43 200 Euro	43 200 Euro
• monatlich	3 600 Euro	3 600 Euro
Versicherungspflichtgrenze		
• jährlich	48 150 Euro	48 150 Euro
• monatlich	4 012,50 Euro	4 012,50 Euro
Arbeitnehmer-Sonderbeitrag	0,9 %	0,9 %
Maximaler Arbeitgeberzuschuss	250,20 Euro	250,20 Euro
Versicherungspflichtgrenze nur für Arbeitnehmer, die am 31.12. 2002 PKV-versichert waren		
• jährlich	43 200 Euro	43 200 Euro
• monatlich	3 562,50 Euro	3 562,50 Euro
<b>Soziale Pflegeversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
• jährlich	43 200 Euro	43 200 Euro
• monatlich	3 600 Euro	3 600 Euro
Beitragssatz	ab 1.8.2008 1,95 % 1,7 %	ab 1.8.2008 1,95 % 1,7 %
Kinderlosenbeitrag ab Alter 23	0,25 %	0,25%
Maximaler Arbeitgeberzuschuss	30,60 Euro	30,60 Euro
<b>Bezugsgrößen</b>		
Renten- und Arbeitslosenversicherung	2 485 Euro	2 100 Euro
Kranken- und Pflegeversicherung	2 485 Euro	2 485 Euro
<b>Einkommensgrenzen</b>		
• für geringfügig Beschäftigte (Minijobs)	400,00 Euro	400,00 Euro
• Auszubildende	325,00 Euro	325,00 Euro
• Familienversicherung	355,00 Euro	355,00 Euro
<b>kurzfristige Beschäftigung</b>	versicherungsfrei, wenn max. 50 Arbeitstage oder 2 Monate je Kalenderjahr	

**Bezugsgröße**

Die Bezugsgröße stellt eine zentrale Kennzahl in der gesetzlichen Sozialversicherung dar. Sie ist das Durchschnittseinkommen aller Versicherten der Rentenversicherung aus dem vorvergangenen Kalenderjahr, aufgerundet auf den nächsthöheren, durch 420 teilbaren Betrag. Die Bezugsgröße wird jedes Jahr neu ermittelt.

Die Bezugsgröße wird beispielsweise in der gesetzlichen Krankenversicherung für die Ermittlung der Einkommensgrenze für die Berechtigung zur beitragsfreien Familienversicherung verwendet. Sinn der Bezugsgröße ist es, Veränderungen des Preisgefüges, des durchschnittlichen Nettoeinkommens etc. zu berücksichtigen, ohne viele darauf Bezug nehmende Gesetzestexte bei jeder Änderung anpassen zu müssen. Da sie im Voraus festgelegt wird, stellt sie eine Kennzahl für die zukünftige wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland dar.

**Stress-Abbau-Tipps**

Wir alle kennen sie ... die Energievampire. Sie fressen unsere Zeit und rauben uns den letzten Nerv. Die Kollegin, die dauernd stört und lang und breit vom Wochenende erzählt... der Azubi, der immer die gleichen Fragen stellt ... der Kollege, der einem zum x-ten Mal von seinem neuen Auto und den vielen PS berichtet ... die ineffiziente Langredner in Konferenzen.

Und dann gibt es die Menschen, die einem gut tun. Mit denen man gerne zusammen ist, bei denen man Kraft schöpft, die zuhören können und nicht nerven, oder mit denen man gerne zusammenarbeitet.

Machen Sie sich eine Liste aller Personen, mit denen sie im letzten Monat mehrfach zu tun hatten ... wer von diesen raubt Ihre Energie, wer tut Ihnen gut?

1. Meiden Sie möglichst die Energievampire, oder sagen Sie ein kräftiges „Nein“ wenn diese sagen: „Hast Du mal Zeit für mich?“, „Kennst Du schon die neueste Geschichte?“ oder „ich erzähl Ihnen mal lang und breit von meinem Projekt“. Seien Sie mutig und setzen Sie klare Grenzen, stellen Sie Ihre eigenen Bedürfnisse in den Vordergrund!

2. Kümmern Sie sich um die Personen, die Ihnen gut tun. Treffen Sie sich mit ihnen, lachen Sie zusammen oder schütten Sie ihnen Ihr Herz aus.

**Leser schreiben**

**Hallo Redaktion**

Herzlichen Glückwunsch! Aus meiner Sicht hat vlb-akzente deutlich an gestalterischer Attraktivität gewonnen.

Das Produkt wirkt irgendwie frischer, moderner, transparenter. Ich bin jedenfalls gespannt, welche Reaktionen von unseren Mitgliedern kommen. Vielen Dank für Euer Engagement!

*Alexander Liebel*

**Berufs- und Arbeitspädagogik**

**Fachwissen und Prüfungsvorbereitung zur AEVO für Ausbilder**

Das bewährte Fachbuch nach AEVO ist in aktualisierter Auflage im VLB-Verlag e.V., München neu erschienen.

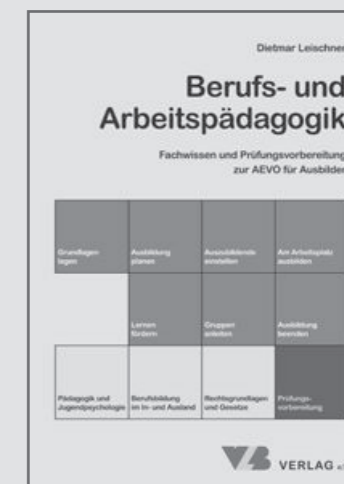
Der Inhalt ist nach dem bundesweit geltenden Rahmenstoffplan für die Ausbildung der Ausbilder nach der Ausbilder-Eignungs-Verordnung (AEVO) gegliedert und orientiert sich am Anforderungsprofil des Ausbilders. Die gesamten Lerninhalte und -ziele zur Berufs- und Arbeitspädagogik sind in folgenden Handlungsfeldern enthalten:

- > Grundlagen legen
- > Ausbildung planen
- > Auszubildende einstellen
- > Am Arbeitsplatz ausbilden
- > Lernen fördern
- > Gruppen anleiten
- > Ausbildung beenden

Neben diesem Fachwissen sind spezifische Prüfungsinformationen zusammengestellt. Für die zukunftsbezogene Aus- und Fortbildung der Ausbilder sind außerdem Basiswissen über Jugendpsychologie, Berufsbildung im In- und Ausland sowie alle einschlägigen Gesetze und Rechtsgrundlagen berücksichtigt. Entsprechende Texte informieren über die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes vom 1.4.2005, das im vollen Umfang Bestandteil des Buches ist. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden von Fachbegriffen. Prüfungsinformationen, Unterweisungsbeispiele und fallbezogene Aufgaben vervollständigen das Lehr- und Lernbuch für die Ausbildung der Ausbilder/innen. 412 Seiten, Format: 16 x 22,7 cm, ISBN 978-3-925547-40-9, Preis: 21,80 Euro

Bestellungen senden Sie bitte an den:

**VLB-Verlag e.V., Dachauer Strasse 4, 80335 München,**  
Telefon: 089/59 52 70, Fax: 089/5 50 44 43, E-Mail: info@vlb-bayern.de



**Bestellschein**

Hiermit bestelle(n) ich/wir

\_\_\_ Exemplare  
„Berufs- und Arbeitspädagogik“

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**HERAUSGEBER**

Wolfgang Lambl, geschäftsführender  
Vorsitzender, Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
E-Mail: info@vlb-bayern.de

**REDAKTION**

Hans Preißl  
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg  
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13  
Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95  
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 66 14 15  
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91  
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

**ANZEIGENVERWALTUNG**

Andrea Götzke  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de  
Geschäftsstelle des VLB Verlags e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München

**GESTALTUNG**

signum3 oHG  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90  
E-Mail: gc@signum3.de

**DRUCK**

Schleunigungsdruck GmbH  
Elterstraße 27, 97828 Markttheidenfeld  
Telefon: 09 31 - 60 05-37  
Telefax: 09 31 - 60 05-90

**ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS**

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

**KÜNDIGUNG**

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

**COPYRIGHT**

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

**MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE**

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

**REDAKTIONSSCHLUSS**

für Heft 04: 10. 03. 2008  
für Heft 05: 07. 04. 2008  
für Heft 06: 06. 05. 2008

ISSN 0942 - 6930

## Das Vertraute nicht missen, aber im neuen Gewand

*Liebe akzente-Redaktion,*

seit über einem Jahr verfolge ich gespannt  
den Weg der Redaktion, die akzente auf-  
schlussreicher, deutlicher zu machen, eine  
gewisse Schwerfälligkeit abzubauen und  
den Lesegewohnheiten der Adres-  
saten noch besser anzupassen. Mit einer  
allmählichen Umstrukturierung der In-

halte begann es, dann folgte im letzten  
Halbjahr die Umstellung auf eine bes-  
ser lesbare Schrift. Und jetzt kommt ak-  
zente im neuen Gewand daher. Das ist  
eine Veredelung!

Und alles wird ehrenamtlich geleis-  
tet! Ich möchte die Redaktion ermuti-  
gen, den Weg weiter zu gehen. Interes-  
sierte Leser fordere ich auf, das, was ih-  
nen am „Outfit“ sowie am Inhalt der ak-  
zente gefällt oder auch nicht, der Redak-  
tion mitzuteilen. *Gerhard Hacker*

## Die drei Säulen Ihres Erfolges

**RW-Trainer**

**Für Wirtschaftsschulen  
in Bayern**

**Skripten  
A, B, C**

Weitere Infos im Internet:  
[www.skriptendienst.de](http://www.skriptendienst.de)

- Üben mit System
- Immer topaktuell
- Lehrplankonform
- Viele Übungsaufgaben

- Jetzt: Berücksichtigung steuerrechtlicher Änderungen ab 01. Jan 2008, wie z. B. die Neuregelung bei den GWGs.
- Jetzt: Gestaltung aller Belege nach Neuregelung der §§ 14, 14a USt-Gesetz und neuester DIN 5008.
- Jetzt: Ideal für 10. Klassen der 2-stufigen Wirtschaftsschule, die den Stoff der 9. Klasse gerade beginnen (Skript B-2).
- Jetzt: Ideal für alle Abschlussklassen, die sich gezielt auf die neue modulare Form der schriftlichen Abschlussprüfung vorbereiten wollen (z. B. Skript C-5).

## In eigener Sache:

Die E-Mailadresse unseres Redakteurs  
Martin Ruf [Mruf97@aol.com](mailto:Mruf97@aol.com) ist ab so-  
fort nicht mehr gültig. Ab sofort ist er  
nur noch unter:

[ruf@vlb-bayern.de](mailto:ruf@vlb-bayern.de)

erreichbar. Bitte überprüfen Sie Ihr  
E-Mail-Adressbuch.

### Autorenverzeichnis

**Dilberowic, Barbara**

BS, Landrat-Dr.-Frey-Str. 2,  
86356 Neusäß, Tel.: (0821) 454402-0

**Greubel, Manfred**

VLB-Referent Bildungspolitik  
Händelstr. 25, 90751 Schwaig,  
Tel.: (0911) 500041

**Lambl, Wolfgang**

geschäftsführender VLB-Vorsitzender  
und Hauptpersonalrat  
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,  
Tel.: (09363) 5278

**Lang, Helmut**

VLB-Versicherungsbeauftragter  
Ober Geisbergweg 34, 97234 Reichenberg,  
Tel.: (0931) 661729

**Leischner, Dietmar**

Robert-Koch-Str. 10, 85521 Ottobrunn,  
Tel.: (089) 6083610

**Liebel, Alexander**

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg,  
Tel.: (0911) 231-3948

**Mokry, Stephan**

Bahnhostr. 41B, 97320 Buchbrunn  
Tel.: (09321) 929484

**Dr. Rehm, Angelika**

BS, Dr.-von-Schmitt-Str. 12,  
96050 Bamberg, Tel.: (0951) 30287-0

**Schiffelholz, Winfried**

BS, Neudegger Allee 7,  
86609 Donauwörth, Tel.: (0906) 70602-0

**Schulter, Berthold**

VLB-Seniorenbeauftragter  
Weitlstr. 66, 80935 München,  
Tel.: (089) 38584084

**Tietz, Robert**

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,  
Tel.: (0961) 206-0

## Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung



### 15. Hochschultage Berufliche Bildung

Unter der Schirmherrschaft des bayerischen  
Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein

## Qualität in Schule und Betrieb: Forschungsergebnisse und gute Praxis

Nürnberg, 12. bis 14. März 2008

#### Fachtagungen

Bau, Holz, Farbe und Raumgestaltung / Chemie- und Umwelttechnik  
Elektrotechnik-Informatik / Metalltechnik / Ernährung / Gesundheit  
Hauswirtschaft / Körperpflege / Medientechnik / Pflege  
Berufliche Förderpädagogik / Berufliche Rehabilitation  
Berufsschulsport / Politik / Religion  
Sprachen / Wirtschaft und Verwaltung

#### Workshops

Qualitätsmanagementsysteme / Europa / Kooperatives Lernen  
Q2E - Erfahrungen / Kooperationen / Betriebliche Bildung / KMU  
Ausbildung / Selbstgesteuertes Lernen / Kompetenzbeschreibungen  
Staatliche Förderprogramme / Produktionsschulen  
Digitale Medien / Kaufmännische Berufsbildung  
Kompetenzermittlung / Brennpunkte / Nachhaltigkeit  
Vernetzte Curriculaarbeit / Schulisches Qualitätsmanagement  
Übergangsmangement / Schulische Arbeitsprozesse  
Diversity-Kompetenzen / Übungsfirmenarbeit / EQF/DQR  
Berufsbildungspersonal / Flexibilisierungsansätze

[www.hochschultage-2008.de](http://www.hochschultage-2008.de)

#### Kontakt

[kai.hegmann@wiso.uni-erlangen.de](mailto:kai.hegmann@wiso.uni-erlangen.de)

**Friedrich-Alexander-Universität  
Erlangen-Nürnberg**



**HT2008**



## Bündnis „Beste Bildung für Bayern“

Damit Bayern(s) Spitze bleibt: Wirtschaft, Eltern, Lehrer und Schüler gründen Bündnis „Beste Bildung für Bayern“

„Wir wollen ein leistungsfähiges, vielfältiges und durchlässiges staatliches Schulwesen, das inhaltlich kontinuierlich verbessert wird“, so äußerte sich Ingrid Ritt, die Sprecherin der im Bündnis „Beste Bildung für Bayern“ zusammengeschlossenen Elternverbände in Bayern.

Das Bündnis, das von Hunderttausenden Eltern und Zigtausenden Lehrkräften unterstützt wird, wurde gegründet, um in der Öffentlichkeit eindeutig und unmissverständlich klarzustellen, dass Bayerns Eltern und Lehrkräfte gegen jeglichen Versuch eintreten, das bayerische Schulwesen in der Struktur zu ändern. Denn, so die Vorsitzenden des Bildungsbündnisses, Dr. Josef Amann von der Industrie- und Handelskammer und Christian Gohlisch, Handwerkskammer für München und Oberbayern, Bayerns Schulen werden im nationalen und internationalen Vergleich hohe Leistungsfähigkeit, ein hohes Maß an Bildungsgerechtigkeit und große soziale Aufstiegschancen zugeschrieben.

Ähnlich äußerte sich der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Lehrerverbände (abl), Anton Huber. Er führte aus, dass man verhindern werde, dass, „wie in anderen Bundesländern Schülerinnen und Schüler, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrkräfte durch das Einheitsschulmodell zu Versuchskaninchen werden und dass sich die Chancen unserer Schülerinnen und Schüler im globalen Wettbewerb verschlechtern.“

„Die Schülerinnen und Schüler in Bayern brauchen kleinere Klassen, individuellere Förderung, mehr Lehrer, mehr pädagogisches Betreuungspersonal und eine bessere Unterrichtsqualität, auf keinen Fall aber einen jahrelangen ideologisch geprägten Kampf um Schulstrukturen“, heißt es in einer ersten Erklärung des Bündnisses.

Die Vorsitzenden Dr. Amann und Gohlisch nahmen Bezug auf Äußerung von Professor Baumert. Dieser stellt fest, dass mit dem Umstülpen der gesamten Schulstruktur keine Leistungsverbesserungen zu erzielen seien. Vielmehr gehe es darum, die vorhandenen Schulsysteme intelligent zu nutzen. Seine Aussage werde unterstützt, so die Vorsitzenden, durch die Ergebnisse der aktuellen McKinsey-Bildungsstudie, die besage, dass die Einheitsschule nicht der Garant für Bildungserfolg sei, sondern allein die Unterrichtsqualität der entscheidende Faktor ist.

Die Mitglieder des Bündnisses „Beste Bildung für Bayern“ wenden sich entschieden gegen ungefiltert ideologisch geprägte Interpretationen der PISA-Ergebnisse. Fest steht, dass Bayern in der letzten PISA-Studie fast das Niveau von Finnland erreicht hat – trotz eines wesentlich höheren bayerischen Migrantenteils. Die große Mehrheit der Eltern und Lehrkräfte in Bayern lehnt Strukturänderung ab, hat aber durchaus Forderungen. Deshalb setzen sich die Eltern, Lehrkräfte und Vertreter vieler Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen im Bildungsbündnis für folgende Verbesserungen ein:

- > Stärkung der Schulen im vorhandenen System
- > Förderung einer vielfältigen Schullandschaft
- > Schulen, in denen sich die Begabungen der Schülerinnen und Schüler entfalten können
- > Erhalt kleinerer Schulen vor Ort
- > Schulwahl innerhalb eines begabungsgerecht gegliederten Schulsystems
- > aussagefähige und vergleichbare Schulabschlüsse
- > individuelle, gezielte Förderung für Kinder mit einer Behinderung oder Benachteiligung und gezielte Förderung bei Lernschwächen jeglicher Art
- > Fachkräfte mit diagnostischer Kompetenz an den Schulen für die Erkennung und Förderung individueller Stärken und Schwächen der Schüler
- > qualitativ hochwertige Binnendifferenzierung bis hin zur Einzelförderung

**Kinder und Jugendliche stark machen für die Zukunft, alle Talente fördern in Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und in den beruflichen Schulen (Wirtschaftsschule, Berufsschule, FOS, BOS...)**